

Politische Berichte ★

Nummer 1 / 16. Jahrgang

12. Januar 1995

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigt Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

G 7756 D Preis 2,00 DM

Stoppt den Krieg in Tschetschenien!

Der Westen läßt Jelzins Regime gewähren

Die Zuspitzung der Auseinandersetzung Tschetscheniens mit Moskau erfolgte, als die von Rußland ausgeholtene Opposition zum Dudajew-Regime Ende November 1994 eine blutige Niederlage beim versuchten Sturm auf die Hauptstadt Grosny erlitt. General Pawel Gratschow, Verteidigungsminister Rußlands, wies noch am 29.11.94 in der *Iswestja* kategorisch die Version der Teilnahme russischer Truppen beim Sturm auf Grosny zurück: „Ich interessiere mich nicht sehr für das, was dort vor sich geht. Bewaffnete (gemeint sind russische) Kräfte nehmen dort nicht teil. Dort geht im Prinzip ein Machtkampf vor sich. Obwohl ich fernsehe und höre, daß man dort angeblich (russische) Gefangene gemacht hat. Das einzige, was ich weiß, ist, daß auf beiden Seiten Söldner teilnehmen.“

Im Kontext der Entwicklung in der Kaukasus-Region, in der immer mehr muslimischer Einfluß sich durchsetzte und nur noch Georgien mit Schewardnadse einziger Verbündeter Rußlands ist, sieht sich die russische Führung in ihren außenpolitischen Streben beeinträchtigt und ihre Ziele gefährdet. Der Abschluß eines Vertrages zur Erdölsuche im Kaspischen Meer zwischen Aserbaidschan und der US-amerikanischen Gesellschaft Aramco und deren Weigerung, entsprechende Erdölleitungen vom Kaspischen Meer über russisches Territorium zum Schwarzen Meer zu führen, und die dauernde Störung der Autobahn Noworossisk-Baku und der Eisenbahnlinie, die über tschetschenisches Territorium führt, können Moskau bewegen haben, den „südlichen Feind“ auf die Hörner zu nehmen.

Zu einem Zeitpunkt, da die NATO ihr erstes Ultimatum an die bosnischen Serben verkündete, erklärte der stellvertretende russische Verteidigungsminister Georgij Kondratjew in der *Krasnaja Swesda* die russische Zuständigkeit für friedenssichernde Maßnahmen Rußlands auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR.

Die neue russische Militärdoktrin unterstreicht, daß die Sicherheit Rußlands auch von der Gefahr von bewaffneten Konflikten „auf der Grundlage von aggressivem Nationalismus und religiöser Intoleranz in den unmittelbar benachbarten Staaten“ ausgeht. Im Herbst 1993 hatte Außenminister Kosyrev unterstrichen, daß keine internationale Organisation Rußlands friedensschaffende Aktivitäten in den Konfliktregionen überflüssig machen könnte. Politische Beobachter im Westen sehen keine bedeutenden Aktivitäten des Westens in den Konfliktregionen der ehemaligen UdSSR und konstatieren den Trend, Rußland in den an seine Südgrenzen gelegenen Regionen freie Hand zu lassen.

Der Krieg gegen Tschetschenien ist nicht der erste, der zur Durchsetzung russischer Großmachtansprüche realisiert wird. Die Auseinandersetzungen zwischen islamischen Kräften und Präsident Nabijew in Tadschikistan, den Rußland mit Truppen und Waffen unterstützte, führte bereits 1992 — fast unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit — zur Vernichtung von 50000 Menschen und zur zeitweiligen Vertreibung einer Viertelmillion Menschen ins benachbarte Afghanistan.

Schon damals zeigte sich, daß der We-



sten und insbesondere die USA über die Ausweitung des islamischen Einflusses sehr besorgt waren. Pakistan als Verbündeter und die Türkei als Schutz gegen die islamischen Fundamentalisten scheinen den USA nicht mehr sicher zu sein. Nun ist man offenbar zur Auffassung gelangt, daß nur Rußland diese Aufgabe mit einiger Sicherheit wahrnehmen und in beiderseitigem Interesse realisieren kann. Auch so ist die Tolerierung des Vorgehens Jelzins am südlichen Rande seines Machtbereiches zu interpretieren.

Der Widerstand in Rußland gegen Jelzins Kriegskurs wächst. Bereits am 18.12.94 haben die Teilnehmer eines Runden Tisches „Der Weg zum Frieden in Tschetschenien“ in Moskau die sofortige Einstellung der Kriegshandlungen gefordert. Zu ihnen gehörten Vertreter der KP Rußlands, der Partei der Arbeit, der Sozialistischen Partei der Werktäti-

gen, der Vereinigung „Recht auf Leben und Menschenwürde“, die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ und andere Verbände (s. Seite 5). Akademie-Nestor Dimitrij Lichatschow, Daniel Granin, die Sacharow-Witwe Jelena Bonner, Jelzins einstmaliger Menschenrechtsberater Sergej Kowaljow, Lew Kopelew, Wadim Belozerkowski und andere Persönlichkeiten erheben die Stimme gegen Jelzins Krieg. Militärs wie der Afghanistan-General Gromow oder General Lebed, Offiziere und Soldaten verweigern dem wahnsinnigen Treiben den Gehorsam. Wird es für den Westen nicht Zeit, diese Stimmen Rußlands ernst zu nehmen?

Weitere Berichte auf den Seiten 4 und 5

Dumpinglöhne im Nahverkehr dank Maastricht?

Kommunaler Arbeitgeberverband NRW betreibt Lohndumping / Tarifverhandlungen im Januar

Durch die Aktionen der IG Bau, Steine, Erden ist eine breite Öffentlichkeit darüber informiert, daß auf den Baustellen in Deutschland Arbeiter aus ganz Europa zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden. Neben Werkvertragsarbeitern aus Osteuropa werden auch Arbeiter aus EG-Staaten von Subunternehmern eingesetzt und weit unter den hier gültigen Tarifen bezahlt. Vor allem die Baukonzerne nutzen die von ihnen selbst geschaffene Situation zum Angriff auf das Tarifgefüge am Bau.

Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit wird jetzt Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ebenfalls mit Lohndumping gedroht. Unmittelbar betroffen ist zunächst das Fahrpersonal im öffentlichen Personennahverkehr. Mit

Inkrafttreten der Maastricher Verträge könnten die Kommunen Unternehmen aus Billiglohnländern wie Portugal im öffentlichen Personennahverkehr einsetzen, versuchte der Verhandlungsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes NRW (KAV NRW), Ruschmeyer, die ÖTV Ende 1994 einzuschüchtern, um Lohnabsenkungen bis zu 30% durchzusetzen.

Mit seiner Drohung bezieht sich der KAV NRW auf die Anwendung der EG-VO 191/69 in der Fassung der EG-VO 1893/91, durch die die Arbeitgeber ein Instrumentarium haben, kommunale Verkehrsbetriebe in Wettbewerb zu privaten Verkehrsbetrieben zu stellen. Durch das Personenbeförderungsgesetz wird diese Richtlinie in der Bundesrepublik umgesetzt: Die Genehmigung

für Verkehre mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen ist danach davon abhängig, daß der kostengünstigste Anbieter den Zuschlag erhält. Schon heute setzen die Kommunen auf vielen Strecken des ÖPNV private Busunternehmen ein, bei denen ein Fahrer 30% weniger verdient als sein Kollege beim kommunalen Betrieb. Der EU-weite Wettbewerb wird die Kluft noch vergrößern.

„Massiven Widerstand“ dagegen haben Betriebs- und Personalräte auf einer ÖTV-Konferenz in Kassel angekündigt, die bereits im April 1994 stattfand. Dabei ging es nicht nur um den Erhalt des Lohnniveaus, sondern auch um die Qualität des ÖPNVs für die Benutzer. Peter Blechschmidt vom geschäftsführenden Hauptvorstand be-

tonte deshalb Sicherheits- und Umweltaspekte, „billige Dreckschleudern und Klapperkisten“ dürften im Linienverkehr nicht zum Einsatz kommen.

Da immer mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden, können immer weitere Gruppen von Beschäftigten solchen Erpressungen à la Ruschmeyer ausgesetzt werden. Die Diskussion darum wird bisher fast nicht geführt. Den KAV NRW konnte die ÖTV durch massive Aktionen zwingen, die gekündigten Tarifverträge wieder in Kraft zu setzen.

Sie hat sich allerdings verpflichtet, Mitte Januar Verhandlungen zu führen. Dabei will der KAV NRW im ersten Schritt zumindest erreichen, neueingesetzte Beschäftigte in Billiglohngruppen zu pressen. — (syb)

CSU: Mehr Geld für Waffen!

Jedes Jahr trifft sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag vom 5. bis 7. Januar zu einer Klausurtagung im oberbayerischen Wildbad Kreuth, um sich in ganzer Bandbreite mit deutscher Innen-, Außen- und besonders der Militärpolitik zu befassen und aus unserer Sicht unheilvolle Signale auszusenden. Diese Signale aus Kreuth sind immer mit der Frage verbunden, ob die Koalitionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU hält und ob die Rechtsaußenpartei ihre Akzente für die kommenden politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik setzen kann. Zu dieser Frage faßte die Landesgruppe eine Entschließung, in der auf peripherie Diskussionen in der CDU über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Union und Grünen reagiert wird. Darin heißt es, warnend, wer in Richtung schwarz-grün marschiere, wolle, gefährde die Einheit von CDU und CSU.

Ziel: Bürgerliche Mehrheit!

Eingerahmt wurde die Veranstaltung von einer sogenannten steuerpolitischen Grundsatzrede des CSU-Parteichefs und Bundesfinanzministers Theo Waigel und von Edmund Stoibers bayerischer „Konzeption für den Rest dieses Jahrtausends“. Die CSU will mit dem Konzept „schrittweise Entlastung der Steuerzahler“ und „kompromißloser Abgrenzung“ zu den Grünen die konservativ-liberale Regierung in Bonn erhalten und damit auch die Voraussetzungen für eine weitere Legislaturperiode der sogenannten bürgerlichen Mehrheit schaffen. Bei diesem steuerpolitischen Konzept steht zweifelsohne die Abschaffung der Gewerbesteuer im Mittelpunkt, die zugunsten der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland fallen soll und die Finanzsituation der Städte und Kommunen dramatisch verschlechtern wird. Dies ist beschlossene Sache von den Regierungsparteien. Zur Konservierung bürgerlicher Mehrheiten spielt aber traditionell die Familienpolitik eine tragende Rolle. Sechs Milliarden DM zusätzliches Mittel für Familien mit Kindern im Jahr versprach Waigel dafür einzusetzen. Dies bedeutet allerdings nicht Kindergartenplätze, sondern eher inflationsbedingte Erhöhungen des Kindergeldes. Dem Vorschlag aus der CDU nach Reduzierung des Ehegattensplittings widersprach aber die CSU, weil in Bayern diese Familienförderung aus strukturellen und Arbeitsmarktgründen eine große Rolle spielt.

Verfolgung soll weitergehen!

Für die innenpolitische und mehr ideologische Auseinandersetzung in Anlehnung an bewährte Slogans wie „Freiheit statt Sozialismus“ wollte die CSU auf dieser Tagung auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß für sie das Kapitel DDR und „vierzigjährige Diktatur“ noch lange nicht abgeschlossen ist. Mit dem eingeladenen Gastredner

Joachim Gauck wurde dieses Thema ausgiebig behandelt und fand in einem beschlossenen Positionspapier einen entsprechenden Abschluß.

Darin spricht sich die CSU gegen eine Amnestie für SED- und Stasi-Straftaten aus. Vernichten und Wegsperrn von Stasi-Akten komme für sie nicht in Frage, Überprüfungen bei Einstellungen im öffentlichen Dienst müsse es auch weiterhin geben. Der erzieherische Wert dieser Abrechnung der Siegerjustiz soll nach den Worten des Vorsitzenden der CSU-Bundestagsgruppe Michael Glos vor allem in einem „Signal an die Jugend“ liegen, der klargemacht werden solle, daß „Anpassen und Mitmachen bei einer Diktatur nicht lohnt“.

Diese CSU-Position, die auch von Bundeskanzler Kohl geteilt wird, steht im krassen Gegensatz zur Position des Europa-Parlaments, das eine generelle Amnestie fordert und die juristische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit als Verstoß gegen die Menschenrechte verurteilt.

Militäreinsätze!

Mit weiteren Gästen auf dieser Tagung konnte die CSU ihre Vorliebe für außenpolitische Einmischung und militärische Abenteuer demonstrieren. Mit Frankreichs Verteidigungsminister Leotard — der in einem SZ-Interview ein stärkeres Engagement der Bundeswehr mit Tornados forderte — und mit Bundeswehrgeneralinspekteur Klaus Naumann wurde über Struktur und Zukunft der Atlantischen Allianz diskutiert.

Der ehemalige russische Ministerpräsident Gaidar rief dazu auf, der Westen solle sich im Kaukasus-Krieg einmischen.

Das Ergebnis der Diskussion kann sich in militaristischen Kreisen sehen lassen. So berichtet die Welt am Sonntag am 8.1.: „In seiner Pressekonferenz warnte Glos vor weiteren Einsparungen im Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik. Angesichts der Konflikte wie in Tschetschenien oder Bosnien müsse „damit jetzt Schluss sein“. Zudem sei eine „Modernisierung der Bundeswehr im Konzert mit den Verbündeten“ dringend notwendig. In einer Diskussion mit dem in Kreuth als Gast geladenen Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann habe man Einvernehmen darüber erzielt, daß die Bundeswehr künftig „durch mehr Beweglichkeit gemeinsam mit den Verbündeten Konflikte schon im Vorfeld verhindern und notfalls auch zu einer militärischen Lösung beitragen“ müsse, sagte Glos. Sie brauche deshalb für ihre künftigen Aufgaben vor allem neue Transportmittel. Deutschland dürfe international und in der Nato nicht zu einem „zweifelhaften Kantonisten“ werden.“ — (dil)



AKTUELL IN BONN

Waigels „Familienförderung“

Bundesfinanzminister Waigel hat Vorschläge zur steuerlichen „Entlastung von Familien mit Kindern“ vorgelegt. Waigel will das Kindergeld ab irgendwann in 1996 für das zweite Kind von 130 auf 150 DM erhöhen und für das dritte Kind von 220 auf 250 DM. Deutlich stärker, nämlich von 4100 DM auf 5000 DM, soll der Kinderfreibetrag angehoben werden. Im Effekt würde also die schon bisher in der CDU/CSU-Familienpolitik angelegte Bevorzugung von Familien mit höherem Einkommen — die durch den Kinderfreibetrag höher entlastet werden als Familien mit geringen Einkommen — noch weiter verstärkt. Außerdem will Waigel das „Baukindergeld“ von bisher 1000 auf künftig 1200 DM anheben — auch dies eine Förderung vor allem von solchen Familien, die sich ein Eigenheim leisten können. Waigel will seine Vorschläge noch mit FDP und CDU abstimmen. Die frühe Verkündung seines Vorhabens soll wohl vor allem seinem Kabinettskollegen Kanther im Februar bei den hessischen Wahlen nützen.

Familienfeindlicher Steuertarif?

Die SPD hat gegen Waigels Steuertarif zur angeblichen Freistellung des „Existenzminimums“ schweres Geschütz aufgefahren. Ihr finanzpolitischer Sprecher Joachim Poß forderte Kohl auf, den von Waigel vorgelegten Tarifentwurf zurückzuziehen. Der Steuertarif sei nämlich „ehefeindlich“ und verstoße damit gegen den grundgesetzlich gebotenen Schutz der Familie. Poß hat

ausgerechnet, daß z.B. eine Familie mit 62000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen steuerlich schlechter steht als ein nicht verheiratetes bzw. geschiedenes Paar. Man bedenke: Ein CSU-Finanzminister begünstigt den Zerfall der Familie!

Schmiergeld nicht mehr gefördert?

Die von den Koalitionsparteien noch im letzten Jahr im Finanzausschuß bestätigte steuerliche Anerkennung von Schmiergeldzahlungen bundesdeutscher Firmen kommt weiter unter Druck. Nachdem die SPD im letzten Jahr vergeblich versucht hatte, diese alte Regelung zu kippen — die Koalition hatte argumentiert, die Regelung sei für Exportgeschäfte unverzichtbar — hat nun auch der Ex-Weltbankdirektor Peter Eigen, inzwischen Chef einer weltweit tätigen Anti-Korruptions-Organisation, ihre Aufhebung gefordert. Experten schätzen, daß inzwischen 20% bei Auslandsaufträgen in Wirklichkeit „Schmiergeld“ sei. Diese „Spirale“ müsse gestoppt werden, forderte Eigen gegenüber der Presse.

Stoiber kontra Pflege

Der bayerische Ministerpräsident Stoiber hat eine neuerliche Entlastung der Unternehmen für die Pflegeversicherung gefordert. Die bisherige „Kompensation“ über die Streichung eines Feiertages sei nicht ausreichend, weitere Streichungen von Feiertagen seien aber auch nicht möglich. Man müsse ernsthaft über Mehrarbeit, Verzicht auf einen Urlaubstag oder andere Möglichkeiten reden, forderte Stoiber in der

Bild am Sonntag. Blüm (CDU) und Dressler (SPD) könnten schäumen wie sie wollten, die Kompensation „komme auf jeden Fall auf den Prüfstand“.

Streit um Beamtenpensionen

Die SPD-Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Simonis, hat eine Neuregelung bei den Beamtenpensionen gefordert. Die ständig weiter wachsenden Pensionszahlungen von Bund, Ländern und Kommunen seien bald nicht mehr finanziert. Simonis forderte, junge Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollten künftig ebenso wie andere Beschäftigte Beiträge zur Rentenversicherung zahlen. Außerdem sollten die Möglichkeiten zur Frühverrentung begrenzt werden. Der Vorsitzende des Beamtenbundes, Hagedorn, hat die Forderungen von Simonis als verfassungswidrig zurückgewiesen.

DIHT & Karstadt gegen Ladenschluß

Die großen Handelskonzerne wollen offenbar einen neuen Vorstoß zur Lockung des Ladenschlußgesetzes starten. Zum Jahreswechsel begann Karstadt-Chef Deuss mit der Forderung, die Öffnungszeiten im Einzelhandel werktags generell auf 20 Uhr zu verlängern (bisher gilt werktags mit Ausnahme Donnerstags 18.30 Uhr) und am Samstag auf 18 Uhr auszudehnen. Dieser Forderung schloß sich inzwischen auch der Deutsche Industrie- und Handelstag an. Nachdem mit dem neuen Arbeitszeitgesetz weitere Schranken gegen Nachtarbeit in der Industrie gefallen sind, erwarten die Kapitalisten dieses Mal größere Erfolgsaussichten für ihr

weiteres Deregulierungs-Programm.

Blüm und die Bautarife

Noch in dieser Woche will Arbeitsminister Blüm mit der IG Bau und den Unternehmerverbänden der Bauwirtschaft über Mindestlöhne für auf deutschen Baustellen beschäftigte EU-Ausländer beraten, nachdem der Versuch, in der EU eine „Entscheidungslinie“ für die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen von EU-Vertragsarbeitern im Ausland zu verabschieden, gescheitert ist. Die IG Bau verlangt, daß auf deutschen Baustellen für alle dort Beschäftigten IG-Bau-Tarife gelten müssen und nicht etwa die Tarife der Herkunftsänder der Vertragsarbeiter, wie zur Zeit. Das Handelsblatt vermutet, daß Blüm dieser Forderung nachgeben will, indem er die Bau-Tarife für „allgemeinverbindlich“ erklärt. Proteste von FDP-Graf Lambsdorff dagegen wies die IG Bau zurück: „Menschen sind keine Waren und deshalb werden wir Inseln fremden Rechts auf deutschem Boden nicht hinnehmen.“

Was kommt demnächst?

Am 13. Januar will der „Bund der Steuerzahler“ seine Kritik an Waigels Steuerkonzept zur Steuerbefreiung des Existenzminimums veröffentlichen. Am 14. Januar berät in Sachsen ein FDP-Landesparteitag über ihre weitere Politik nach dem Verlust aller Sitze im Landtag. In der Woche ab 16. Januar wird UN-Generalsekretär Boutros Gali in Bonn erwartet. Ebenfalls am 16. Januar nimmt der Bundestag seine Beratungen wieder auf.

Berlin, 2. Januar: Besetzung der Dependance des Kriegsministeriums

Von Holger Paech und Matthias Mücke

Am 2. Januar 1995 haben mehrere Personen verschiedener Organisationen die Außenstelle des Bundesministeriums der Verteidigung im sogenannten Bendlerblock im Reichspielschrein Berlin besetzt.

Der „Bendlerblock“, zukünftiger Sitz des Bundesverteidigungsministeriums, ist ein Symbol des deutschen Militarismus. Dieses Gebäude war nicht nur der Ort des militärischen „Widerstandes des 20. Juli“, sondern dort wurden auch die Kriegsplanungen für den 2. Weltkrieg getroffen. Das Oberkommando der Wehrmacht plante in diesem Gebäude den furchtbaren Vernichtungsfeldzug in der Geschichte der Menschheit.

Die Entscheidung für die Adresse am Reichspielschrein als Sitz des Verteidigungsministeriums in Berlin erinnert nicht zufällig an den deutschen Militarismus vor 1945, sondern steht für die Rückbesinnung auf diese Traditionen in der Politik des „normalen“ Deutschlands. Mit unserer Aktion verweisen wir auf diese Parallelität und verleihen so unserem Protest und Widerstand gegen die aggressive Kriegspolitik der Bundesrepublik Deutschland Ausdruck.

Erstmals seit dem Ende des 2. Weltkrieges verfügt die Bundesrepublik Deutschland vom 1. Januar 1995 an wieder über ein „Führungscenter der Bundeswehr“, das vom 1. April 1995 ab seine Arbeit aufnehmen wird. Durch diesen Generalstab unter anderem Namen wird Deutschland in die Lage versetzt, künftige Kriegseinsätze der Bundeswehr eigenständig zu planen und durchzuführen. Bisher war die Bundeswehr durch die vollständige Einbindung in die NATO-Befehlsstrukturen zu einer selbständigen Kriegsführung nicht fähig. Detailplanungen der kleineren Führungsstäbe in den Teilstreitkräften konnten bis dahin nur über die Kommandozentrale der NATO koordiniert werden. Bei dem ersten großen Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO, der Somalia-Operation, hat sich das als problematisch erwiesen, weil es zu „Fraktionen und Überlappungen“ zwischen den Teilstreitkräften gekommen sei.

Die Aufgaben der Kommandozentrale auf der Hardthöhe sind explizit auf die Planungen von Kriegseinsätzen mit einer Beteiligung von mehr als 5000 deutschen Soldaten festgelegt. Durch das Führungscenter sichert sich Rühen nun den direkten Zugriff auf alle deutschen Teilstreitkräfte bei nationalen Kriegseinsätzen der sogenannten „Krisenreaktionskräfte“ (KRK) auch außerhalb der NATO. Und auch das politische Ziel ist klar formuliert: „... Deutschland (muß) mit dieser Führungseinrichtung im Rahmen multinationaler Einsätze die Aufgabe der „lead nation“ übernehmen können.“ (Generalinspekteur Naumann)

Hierbei sollte nicht vergessen werden, daß 1945 nicht ohne Grund der Generalstab der Wehrmacht durch die Alliierten aufgelöst wurde.

Was die Bundesregierung derzeit betreibt, ist die folgenreichste außenpolitische Veränderung seit der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik in den 50er Jahren. Die damals begonnene Remilitarisierung mündet heute in eine offensive Umsetzung deutscher Interessenspolitik im Ausland. Der langjährigen Übung relativierter Zurückhaltung folgt nun die erneute Demonstration deutscher Geltungssucht. Die erzwungene

Interessen“ abgestimmte Militärbündnis- und Europapolitik. Diese Abschottung nach außen soll gestützt werden durch eine gleichgeschaltete innen- und rechtspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU in den Bereichen Ausländer-, Migrations-, Asyl- und Visapolitik. Ist die euro-atlantische Festung erst einmal errichtet, so können die „vitalen Interessen“ des Nordens beliebig im Trikot umgesetzt werden.

Argwohn muß erregen, daß die Bundeswehrführung bei der Gestaltung der neuen deutschen Außenpolitik und ihrer eigenen Zukunftsaufgaben eine aktive Rolle übernimmt. Mit dem zweiten Golfkrieg ist innerhalb der Bundeswehrführung eine Debatte über die Zukunft der Bundeswehr entbrannt, die damals all das vorwegnahm, was heute knapp vier Jahre später in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Unbelebt von der Öffentlichkeit fand in den Wehrmagazinen eine Auseinandersetzung zwischen Reformern und Traditionalisten in der Generalität statt, in der

sich die Traditionalisten durchsetzen konnten. Ein weiteres Indiz dafür, daß das Prinzip der Politik in der Bundeswehrführung zunehmend in Frage gestellt wird, ist auch der Umstand, daß die Bildung des neuen Generalstabs auf Forderungen hoher Offiziere im Jahre 1992 zurückgeht. Die Diskussion um die Tornadoeinsätze der Bundeswehr verdeutlicht, daß es sich dabei nicht nur um Pläne handelt. Dahinter steht das bündesrepublikanische Interesse, unter dem Vorwand der Bündnistreue die militärischen Optionen auszuschöpfen, und nicht die Beendigung des Krieges, die Humanität oder der Schutz der Menschenrechte.

Die Aufhebung des Abschiebestopps für Deserteure und Kriegsflüchtlinge auch aus dem früheren Jugoslawien durch die Innenministerkonferenz Ende November in Magdeburg beweist vielmehr, daß an der Unterstützung von Menschen und Gruppen, die sich für eine Beendigung des Krieges einsetzen, kein Interesse von Seiten der deutschen Politik besteht.

Holger Paech und Matthias Mücke sind Mitarbeiter der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ in Berlin.

Hinweis: Zu dem im Text angedeuteten Sachverhalt der Aufhebung des Abschiebestopps von Deserteuren und Kriegsflüchtlingen startet die „Kampagne ...“ in Kürze eine größere Informations- und Medienkampagne. Auf-takt ist eine Pressekonferenz gemeinsam mit Vertretern von amnesty international, Pro Asyl, Asyl in der Kirche, Neues Forum und von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen am 17. Januar in Berlin.

BOSNIEN-EINSATZ-DEBATTE

Folgt die SPD Scharpings Kriegskurs?

Die Balkanpolitik der Bundesregierung verlockt gewisse Teile der SPD zum Mitmachen, andere stößt sie ab.

Die Strategie der Regierung will die geschichtlich entstandene Hemmschwelle für die Militarisierung deutscher Balkanpolitik durch eine Folge kleiner Schritte überwinden. Elemente dieser Strategie waren bisher die Beteiligung an der Überwachung des Schiffsverkehrs in der Adria, die Beteiligung an der Überwachung des Flugverbotes, die schon zur Verstrickung in Kampfhandlungen geführt hat, die Überwachung des Schiffsverkehrs auf der Donau und die Mitwirkung bei der Errichtung der Polizei in Mostar.

Als nächstes spricht man vom Tornadoeinsatz zur Sicherung von Hilfsflügen und von Beteiligung bei der Sicherung des Abzugs der UNO-Truppen.

Der Einsatz von Tornados würde auf unmittelbare Bekämpfung von Bodenzielen hinauslaufen. Bodenziele wehren sich, auch Tornados sind verletzlich, vor allem bei einer Begleitaufgabe. Militärfachleute weisen darauf hin, daß, technisch gesehen, die Gefährdung der Hilfsflüge vor allem durch Artillerie-, ja sogar bloßes Maschinengewehrkreuzfeuer in der Nähe der Flugplätze am größten sei. Bis hierher mitfliegende Tornados sind nicht unverwundbar, Verluste wären nicht unwahrscheinlich. Die Sicherung des Abzugs der UNO würde auf eine Invasion hinauslaufen. Deutschland befände sich in einem verlustreichen Krieg.

Warum läßt sich Scharping auf die Regierungspolitik ein? Warum versucht dieser SPD-Flügel, den Widerstand gegen Militäreinsätze abzubauen?

Scharping wird durch den Regierungsgedanken verlockt. Regierung heißt Macht, wer Macht sagt, muß auch Machtmittel sagen. Wer sich Machtmittel versagt, versagt sich die Regierungsfähigkeit. Eine besondere Variante des Machtdenkens ist das ausgeuferte Bündnisdenken. Jemand, z.B. Kroatien und Bosnien, hat in Abstimmung mit der BRD gehandelt. Jetzt muß die BRD-Politik ihre Glaubwürdigkeit beweisen und bewaffnet für ihre Ratschläge einstehen. Sonst ist ihr Einfluß dahin.

Die Gegenposition, in der SPD-Spitze vor allem von Lafontaine vertreten, setzt deswegen sehr grundsätzlich an der verfrühten Anerkennung Sloweniens und Kroatiens an, seit der von einer einheitlichen Politik der westlichen Staatengemeinschaft nicht mehr geredet werden könnte. Eine Beistandsverpflichtung von Bundeswehrtruppen sei ohnehin nur in dem im Nato-Vertrag klar definierten Falle des Angriff auf ein Mitgliedsland gegeben.

Diese Position schränkt den Spielraum deutscher Außenpolitik ein, die angesprochenen Nachbarn könnten ihre Legitimation nicht durch auswärtige Militärmacht ersetzen, sie müßten die Friedenseignung ihrer Politik erwägen.

Die Auseinandersetzung in der SPD hat deswegen direkte Wirkung. Außenpolitisch, weil die Zuverlässigkeit der BRD als imperialistische Schutzmacht lädiert wird, innenpolitisch, weil der Regierung nicht erlaubt wird, ihre Kriegslust hinter angeblichen gesetzlichen Zwängen zu verbergen.

Die spärlichen Meldungen über die SPD-Präsidiumssitzung am 9. Januar lassen erahnen, daß die SPD sich gegen die Verstrickung in die Kriegspolitik nur wehren kann, wenn und soweit sie die Auseinandersetzung um die Konzeption deutscher Außenpolitik nicht scheut. — (maf)



Berlin, 2. Januar 1995, Bendlerblock

Bild: ND

Der Krieg Rußlands im Kaukasus ist blanke Großmachtpolitik

**Von Wolfgang Grabowski und Achim Wahl
(Fortsetzung von Seite 1)**

Am 11.8.1994 erklärte General Aslanow, Tschetschenen, Professor an der Akademie des Innenministeriums, daß „es in Rußland in der Tat Kräfte gibt, die sehr daran interessiert sind, das tschetschenische Pulverfaß explodieren zu lassen“. Präsident Jelzin müsse davon überzeugt werden, daß „der Brand im Kaukasus nur mit entschlossenen Maßnahmen gelöscht werden kann“. Hat sich der General, der als Intimfeind Dschochar Dudajew gilt, als Hellscher betätigt oder wußte er mehr?

Tschetschenien, das Land der Tschetschenen und Inguschen am Nordrand des Kaukasus, erklärte im November 1991 im Rahmen einer allgemeinen Volksabstimmung seine Unabhängigkeit von der nach dem Zerfall der UdSSR neu entstandenen Russischen Föderation. Als ehemalige Autonome Sowjetrepublik mit etwa 1,2 Millionen Einwohnern, unter denen viele Russen leben, gehörte die Republik zum Zeitpunkt der Durchführung der Volksabstimmung über die neue Verfassung Rußlands am 12. Dezember 1993 schon nicht mehr zu den „Subjekten“ der Russischen Föderation, obwohl sie noch im Kapitel 3, Artikel 65 als solches benannt wird. Die Bevölkerung Tschetscheniens beteiligte sich nicht an dieser Abstimmung.

Es vergingen drei Jahre, ehe die Russische Föderation auf diese Tatsache aufmerksam wurde.

Konfliktzone Kaukasus

Die russische Kolonialisierung der kaukasischen Gebiete, in denen mehr als fünfzig verschiedene Völkerstaaten und Bergvölker kaukasischer, tatarischer, indogermanischer und semitischer Herkunft mit mohammedanischer und griechisch-katholischer Glaubensrichtung leben, benötigte Jahrhunderte. Rußland gelang es erst im Jahre 1864/65, den Nordkaukasus zu unterwerfen. Darauf nutzten die kaukasischen Völker jede Möglichkeit, um sich von Rußland zu befreien. So während des türkisch-russischen Krieges 1877, während des russisch-japanischen Krieges 1905 und nach dem Ersten Weltkrieg. Mit der Schaffung der Sowjetunion wurde der Versuch unternommen, die nationale Frage im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu lösen. Jedoch blieb das deklarierte Ziel unverwirklicht.

Auch die politische Rechte blieb nicht untätig. Unterstützt von Vertretern der panturanischen (großtürkischen) Bewegung wurde beispielsweise im Mai 1940 in Paris ein Vertrag zur Bildung einer „Kaukasischen Konföderation“ abgeschlossen, die sich die Befreiung von der Sowjetunion zum Ziel gestellt hatte. Dieser Entwicklung folgte die Kollaboration bestimmter, vor allem mit den Exilgruppen verbundener Kräfte mit den Faschisten und die Zwangsaussiedlung

der Tschetschenen durch Stalin.

Rußland kämpfte immer um den Zugang zu den Dardanellen und zum Mittelmeer, um die Beherrschung des kaukasischen Erdöls und strebte danach, die Ausbreitung der Herrschaft des osmanisch-türkischen Reiches abzuwehren. Englische und französische Interessen in diesem Raum sind geschichtlich hinlänglich bekannt. Das faschistische Deutschland unternahm alles, um Ver-

ständig können die Konflikte erneut ausbrechen.

Rußland in tiefer Krise

Im Rußland der postsowjetischen Zeit eskalieren die politischen Konflikte. Der Reformprozeß stößt auf ungeahnte Schwierigkeiten. Der zum obersten Reformer gekürte Boris Jelzin hat nicht

jews. Der Führer des Landes schwebt die Schaffung eines Staates ähnlich den Arabischen Emiraten vor.

In Tschetschenien wurden jährlich durchschnittlich 18 Mio. Tonnen Erdöl gefördert. Das Land verfügt über mächtige Erdölverarbeitungsbetriebe, die Erdöl aus Westsibirien verarbeiten. 1991 lag die Verarbeitung bei 9000 bis 10000 Tonnen eigenen und 15000 bis 18000 Tonnen sibirischen Erdöls pro

Tag. Es bestand die eigenartige Situation, daß Tschetschenien Rußland niedrige Inlandspreise für das importierte Erdöl zahlte, nach außen aber seine Produkte zu Weltmarktpreisen absetzte. Später wurde das Chaos ausgenutzt und die Zahlungen an Rußland überhaupt eingestellt. 1992 beendete Rußland deshalb die Lieferung sibirischen Erdöls. Es bleibt rätselhaft, wie das funktionierte.

Im Stadium des Zerfalls der SU bildeten sich die ersten Gruppen einer halbkriminellen Welt. Das Erscheinen General Dudajews verstärkte den separatistischen Prozeß. Dudajew wurde von entsprechenden Kreisen begeistert aufgenommen. Das eigenartige tschetschenische Gemisch aus Nationalismus, Schattenwirtschaft, wie sie sich in ganz Rußland ausbreite-

te, und offen kriminellen Elementen hatte seine Grundlage im gemeinsamen Interesse am Erdöl.

Tschetschenien hat sich bis an die Zähne bewaffnet. Nach Angaben des Generalstaatsanwaltes Tschetscheniens, Usman Imajew, stammt ein großer Teil der Waffen von der russischen Armee, die sie beim fluchtartigen Verlassen wegwarf. Er meint auch, daß an manchen Orten gewöhnliche Granaten neben solchen mit Atomsprengköpfen liegen. Der Waffenhandel entwickelte sich schwunghaft, und die Mehrheit der tschetschenischen Bevölkerung hat eigene Waffen erworben.

Neben Erdöl- und Waffenhandel scheint sich ein drittes Geschäft entwickelt zu haben: Es wurden massenhaft gefälschte Banknoten in Umlauf gebracht und nach Angaben der Moskauer Presse für einige Milliarden Rubel gefälschte Banknoten verkauft. Das Abfließen beträchtlichen Reichtums — an den eigenen Taschen vorbei — erboste die Mächtigen um Jelzin, insbesondere die Erdöllobby, mehr und mehr.

In Tschetschenien versammelten sich einige Tausend Söldner, die an Kämpfen in Afghanistan teilgenommen haben, und Freischärler aus den Balkanrepubliken, Aserbaidschan, Tadschikistan und anderen Konfliktgebieten. Sie sind zumeist muslimisch Herkunft und gehören der Partei „Islamischen Weges“ an. Als Organisator betätigt sich die „Demokratische Wainach-Partei“, deren Führer Dschar Dudajew ist. Beide Parteien weißen ihre Aktionen auch auf Nachbarstaaten aus und rekrutierten dort

Fortsetzung nächste Seite 01



tretern der panturanischen Bewegung Hilfe zu gewähren und sie zur Unterstützung der Turkvölker in der Sowjetunion aufzufordern. Die Schaffung eines Pufferstaates wurde in geheimen Gesprächen zwischen Deutschland und der Türkei konkret erwogen. Hitler hatte 1942 erklärt, daß der Kaukasus unter Strafe Aufsicht genommen werden muß, um das dortige Erdöl zu besitzen.

Jüngste Geschichte — so der Afghanistan-Krieg und der Golfkrieg — belegt das starke Interesse westlicher Staaten an der gesamten Region.

So war und ist der Kaukasus Interessen- und Konfliktgebiet. Der Zerfall der Sowjetunion belebte alle diese Erscheinungen und läßt sie in neuem Licht erscheinen.

Im Süden Rußlands, besonders in der kaukasischen Region, eskalieren die nationalen Konflikte. In Nagorny Karabach, das für seinen Anschluß an Armenien seit 1988 kämpft, kamen inzwischen mehr als 15000 Menschen um. Offene militärische Auseinandersetzungen entstanden in Abchasien, aus dem 200000 Georgier vertrieben wurden. Inguschen führte bewaffnete Auseinandersetzungen mit Tschetschenen und Nord-Ossetien. In Georgien fanden blutige Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen statt. Umstürze und separatistische Bewegungen entwickelten sich in Aserbaidschan, Armenien, Kabardino-Balkarien, Dagestan u. a. Die militante Vereinigung der „Konföderation kaukasischer Völker“ agierte aktiv auf der Seite der abchasischen Separatisten. In diesem riesigen Gebiet gibt es hunderttausende Flüchtlinge, große Teile der Konfliktgebiete sind stark vermint und

zum ersten Male zur bewaffneten Auseinandersetzung wie im Oktober/November 1993 geöffnet, wenn das Regime in eine neuere Krise steuerte. Es verschärfen sich die Verteilungskämpfe um den Reichtum und die Ressourcen des Landes. Partikulare Interessen, nationalistische und regionale Bestrebungen bis hin zu separatistischen Bewegungen charakterisieren die gegenwärtige Entwicklung. Die Privatisierung (oder Prichwatisazia = „sich unter den Nagel reißen“) des ungeheuren Staatseigentums hat alle Fesseln gelöst und den Kampf um den Zugang zu ihm zum Kern des gesamten Transformationsprozesses gemacht.

Am 20.12.94 schreibt die *Finansowye Izwestija*: „Der Krieg in Tschetschenien zeigt die tiefe Krise, in der sich der russische Staatskapitalismus befindet ... Die Exekutive weiß nicht, was weiter zu tun ist ... Sie versucht, mit Hilfe eines militärisch-administrativen Kommandoregimes die Lage in den Griff zu bekommen.“ Politische Beobachter befürchten, daß vorhandene demokratische Ansätze ausgeschaltet werden, und sehen die Gefahr eines Putsches. Der Vertreter der liberal-demokratischen Partei „Jabloko“, Jablinski, meint sogar, daß „es unsinnig ist, sich vor einem Putsch zu fürchten. Wir haben ihn ja schon.“

Zankapfel Tschetschenien

Die *Rossiskaja Gasetta* vom 22.12.94 schreibt, daß die Grundlage der tschetschenischen Ökonomie das Geschäft mit Erdöl ist. Das erkläre auch die Zusammensetzung der Umgebung Duda-

Fortsetzung von Seite 4:
Der Krieg Rußlands ...

Tschetschenien Freiwillige.

In Tschetschenien wurde zunehmend eine antirussische Stimmung geschürt. Mehr als 200000 Russen verließen das Land.

Dudajew und seine Machtelite sind durchaus keine Engel. Aber ein ganzes Volk, das Widerstand leistet, als kriminelle Bande zu verunglimpfen und niederschießen, ist gegen jede Vernunft.

Alte Rivalitäten werden neu verpackt

Alte Rivalitäten brechen wieder auf, der Kampf um die Neuverteilung hat begonnen und neue Feindbilder, wie das von der der okzidental Kultur feindlichen islamischen Kultur werden geboren. Nicht umsonst zitiert die russische Presse ausländische Stimmen, die aussagen, daß die Unabhängigkeit Tschetscheniens durch den Westen nicht anerkannt ist, wie z. B. eine Verlautbarung des Foreign Office Großbritanniens oder der Türkei, die zwar ihre Sorge über die Entwicklung in Tschetschenien ausdrückten, aber das russische Vorgehen guthießen.

Deutlich wird, daß trotz oder gerade im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ neue oder alte strategische Frontlinien errichtet werden. Rußland ist dabei, sich gegen den Widerstand des Westens – und / oder aber auch mit seiner Hilfe –, da, wo der russische Bär seine Grenzen nach Süden zieht, wieder als Großmacht zu etablieren.

Im postsowjetischen Rußland hat der Zusammenbruch der bisher herrschenden Ideologie das Wiederaufleben neuer Ismen befördert. Politische Beobachter sehen einen scharfen Konflikt zwischen Vertretern des Okzidentalismus und des Eurasismus. Der Positionsverlust Gaidars als Vertreter der westorientierten Linie der russischen Eliten in der Auseinandersetzung mit dem um Präsident Jelzin gruppierten Kräften läßt den Schluß zu, daß großrussisch orientierte Gruppen Oberhand gewinnen und eine eurasisch orientierte Gemeinschaft der westlichen Allianz entgegengestellt werden könnte. Kosyrew hat mit der Weigerung, die Kooperationspapiere mit der NATO zu unterzeichnen, einen Eklat während der jüngsten Herbsttagung der NATO in Brüssel ausgelöst. Allenfalls als NATO-Partner „hinzugezogen“ zu werden, gilt wegen des Selbstverständnisses als europäische Großmacht als nicht annehmbar. In Tschetschenien demonstriert Rußland sowohl seine Rolle als „Schutz“ gegen den sich ausweitenden Einfluß des Islam als auch seine Eigenständigkeit als Großmacht im eurasischen Raum. Offensichtlich will man im Kreml dem Westen mit einem „neuen realistischen Pragmatismus“ deutlich machen, daß man dessen Politik der Stärke und Befriedung ebenfalls beherrscht.

Gibt es Hoffnung in und für Rußland?

Jelzin hat sich verkalkuliert, als er auf großrussischen Chauvinismus setzte. 70 % der Bevölkerung lehnen den Krieg in Tschetschenien und die brutale Machtpolitik ab. Im Volke scheint sich die Überzeugung zu verdichten, daß nur politische, gewaltfreie Mittel die russische Krise lösen können. Das ist auch die Position der linken Opposition und der Bürgerrechtsbewegungen.

Wolfgang Grabowski und Achim Wahl sind Mitarbeiter der AG Friedens- und internationale Politik beim Bundesvorstand der PDS.

„Der Weg zum Frieden in Tschetschenien“

Erklärung der Teilnehmer des Runden Tisches, Moskau, 18. Dezember 1994

Das Vorgehen Jelzins und seiner Administration in Tschetschenien sowie im gesamten Nordkaukasus ist keine zufällige Episode. Das gesamte in Rußland entstandene Macht- system greift immer mehr zu militärischer Gewalt als einziger Methode zur Lösung politischer Probleme.

Der hier gefaßte politische Entschluß ist eine ungeheuerliche Provokation gegen die Angehörigen der Streitkräfte und die gesamte russische Armee.

Wir sind uns einig in dem Streben, dem Blutvergießen in Tschetschenien ein Ende zu bereiten. Davon ausgehend fordern wir:

1. Die Kriegshandlungen in Tschetschenien sind unverzüglich einzustellen, alle an den Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung Schuldigen sind zu bestrafen.

2. Verhandlungen ohne Vorbedingungen müssen auf höchster Ebene zwischen der russischen und der tschetschenischen Führung aufgenommen werden, um einen für beide Seiten annehmbaren Status Tschetscheniens auszuhandeln, der durch eine Willensäußerung des tschetschenischen Volkes endgültig zu bestimmen ist.

3. Das Vorgehen der russischen Regierung gegenüber Tschetschenien in den Jahren 1991 bis 1994 ist vom Parlament

und den Justizbehörden zu untersuchen, die Staatsbeamten, die am Entstehen der gegenwärtigen Krise die Schuld tragen, sind zur Verantwortung zu ziehen.

4. Es ist eine Verfassungs- und Rechtsreform durchzuführen, die die Bürger vor der Willkür des Regimes der persönlichen Macht schützt.

5. Im Parlament ist die Frage nach einer Machtenthebung des Präsidenten zu stellen, falls die Kriegshandlungen fortgesetzt werden.

Wir sind überzeugt, daß diejenigen, die das Recht in Rußland ständig mit Füßen treten sowie die Rechte aller Bürger und Völker Rußlands verletzen, nicht imstande sind, die verfassungsmäßige Ordnung in Tschetschenien wiederherzustellen.

Wir fordern:

- von den Soldaten und Offizieren der russischen Armee, die verbrecherischen und rechtswidrigen Befehle nicht auszuführen;
- von Juristen und der Öffentlichkeit, den Militärangehörigen zu helfen und sie zu schützen, die sich weigern, derartige Befehle auszuführen;
- alle Mitarbeiter des Machtapparates, die mit der verbrecherischen Politik im Nordkaukasus nicht einverstanden sind, mit Wort und Tat eine

Haltung bewußter Staatsbürger einzunehmen;

– die gesellschaftlichen und politischen Organisationen sowie die Bürger auf, Versammlungen und andere Aktionen des friedlichen Protests gegen den Krieg zu organisieren.

Um die Anstrengungen der Verfechter einer demokratischen Lösung der politischen Krise, die sich im Konflikt im Tschetschenien zeigt, zu vereinen, haben die Endesunterzeichneten beschlossen, ein Koordinierungskomitee gegen den Krieg zu gründen.

Unterschriften:

Boris Slawin, Professor, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation,

W. W. Kogan-Jasny, Vorsitzender des Vorstands der gesellschaftlichen Vereinigung „Recht auf Leben und Menschenwürde“, Mitglied des Rates der Menschenrechtsorganisation „Memorial“.

Alexander Busgalin, Professor, Mitglied des Organisationskomitees des Bündner Internationalisten, Vertreter der Sozialistischen Partei der Werkzeugmacher, der Russischen Partei der Kommunisten, weiterer Jugend- und Menschenrechtsorganisationen, der Bewegung für Demokratie und Menschenrechte in Rußland.

Die Oktoberrevolution zur Nationalitätenfrage: „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“

„Die Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern hat unter dem allgemeinen Banner der Befreiung begonnen.

Befreit werden die Bauern von der Macht der Gutsbesitzer, denn es gibt kein gutsherrliches Eigentum an Grund und Boden mehr – es ist abgeschafft. Befreit werden die Soldaten und Matrosen von der Macht der Zarenregenare, denn die Generale werden von nun an wählbar und absetzbar sein. Befreit werden die Arbeiter von den Launen und der Willkür der Kapitalisten, denn von nun an wird die Kontrolle der Arbeiter über die Werke und Fabriken eingeführt. Alles Lebendige und Lebensfähige wird von den verhaßten Fesseln befreit.

Es bleiben nur die Völker Rußlands, welche Unterdrückung und Willkür erduldeten und erdulden, an deren Befreiung unverzüglich geschritten werden muß, deren Befreiung entschieden und unwiderruflich durchgeführt werden muß.

In der Epoche des Zarismus wurden die Völker Rußlands systematisch gegeneinander aufgehetzt. Die Ergebnisse dieser Politik sind bekannt: Gemetzel und Pogrome auf der einen Seite; Sklaverei der Völker – auf der anderen Seite.

Für diese schmachvolle Politik der Aufhetzung der Völker gegeneinander gibt es keine Wiederkehr und darf es auch nicht geben. Von nun an soll sie ersetzt werden durch die Politik des freiwilligen und ehrlichen Bündnisses der Völker Rußlands.

In der Periode des Imperialismus, nach der Februarrevolution, als die Macht an die kadettische Bourgeoisie übergegangen war, trat an die Stelle der unverhüllten Verhetzungspolitik eine Politik des feigen Mißtrauens zu den Völkern Rußlands, eine Politik der Schikanen und Provokationen, die verhüllt wurde durch Lippenbekennisse zur „Freiheit“ und „Gleichheit“ der Völker. Die Ergebnisse dieser Politik sind bekannt: Zunahme des nationalen Haders, Untergrabung des gegenseitigen Vertrauens.

Dieser unwürdigen Politik der Lüge und des Mißtrauens, der Schikanen und der Provokationen muß ein Ende gemacht werden. Von nun an soll sie ersetzt werden durch eine offene und ehrliche Politik, die zu vollem gegenseitigen Vertrauen der Völker Rußlands führen wird.

Nur durch ein solches Vertrauen kann ein ehrlicher und fester Bund der Völker Rußlands zustande kommen.

Nur durch einen solchen Bund können die Arbeiter und Bauern der Völker Rußlands zu einer einzigen revolutionären Kraft zusammengeschweißt werden, fähig, allen Anschlägen der imperialistischen, annexionistischen Bourgeoisie zu widerstehen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, hat der Erste Sowjetkongreß im Juni dieses Jahres das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung verkündet.

Der Zweite Sowjetkongreß im Oktober dieses Jahres hat dieses unveräu-

ßerliche Recht der Völker Rußlands mit größerer Entschiedenheit und Bestimmtheit bestätigt.

In Ausführung des Willens dieser Kongresse hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, seiner Tätigkeit in der Frage der Nationalitäten Rußlands folgende Prinzipien zugrunde zu legen:

1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung bis zur Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates.
3. Abschaffung aller und jeglicher nationalen und national-religiösen Privilegien und Beschränkungen.
4. Freie Entwicklung der nationalen Minderheiten und ethnographischen Gruppen, die das Territorium Rußlands bevölkern.

Die sich daraus ergebenden konkreten Dekrete werden sofort nach Bildung der Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten ausgearbeitet werden.

Im Namen der Russischen Republik.

Der Volkskommissar für Angelegenheiten der Nationalitäten, Josef Dschugaschwili-Stalin.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, W. Uljanow (Lenin)

Das Dekret wurde am 2. bzw. 15. November 1917 unterzeichnet.

Zur Situation in Nordirland

Interview mit Cathal Crumley, Abgeordneter der Sinn Fein im Stadtrat von Derry

■ Wie schätzt Ihr die aktuelle Situation und die Möglichkeiten des Verhandlungsprozesses ein?

Zum ersten Mal seit der Teilung Irlands wird eine offizielle Sinn Fein-Delegation die britische Regierung treffen. Wir sind also an einem möglicherweise äußerst historischen Augenblick angelangt. Die Entscheidung der IRA vom 31.8.94 könnte so unter Umständen die Dynamik entfachen, die notwendig ist, um die politische Landschaft in Irland dauerhaft zu verändern.

Es ist wahr, daß Republikaner und Nationalisten die neue Situation mit einer Skepsis und politischer Vorsicht einschätzen; dennoch gehen wir mit Vertrauen und Optimismus in die Zukunft. Wenn wir nun an einem Punkt sind, an dem bedeutende Entwicklungen in einem wirklichen Prozeß aller am Konflikt Beteiligten möglich sind, dann müssen wir nicht nur optimistisch, sondern flexibel und einfallreich sein, um einen dauerhaften Frieden und eine Übereinkunft des irischen Volkes zu erreichen — eine Übereinkunft, die all unsere communities aus dem Konflikt und Krieg reißen kann, die nach vorne gewandt ist und zur Einheit unseres Volkes ohne Begünstigungen oder politische Veto führen kann.

Während die Verhandlungen mit der britischen Regierung in diesen Tagen beginnen sollen, sind wir uns noch nicht klar darüber, wie sie vorangehen werden. Kürzlich signalisierte John Major erstmals Anzeichen von Bewegung auf Seiten der britischen Regierung. Wir begrüßen eine flexiblere Haltung der britischen Regierung. Natürlich ist klar, daß die Ernsthaftigkeit all dessen scharf geprüft werden muß.

Sie haben sich in den letzten drei Monaten flau bewegt, und auch im Lichte des Beschlusses der Loyalisten, ebenfalls den bewaffneten Kampf einzustellen, hat sich bei den britischen und loyalistischen Truppen, eingeschlossen die RUC, nicht viel getan in Richtung wirklicher Demilitarisierung. Sie behalten die größte bewaffnete Kraft in den Six Counties, und es fällt den Nationalisten schwer, insoweit einen substantiellen Wandel zu erblicken. Es gibt nach wie vor eine 30000 Mann starke Armee von Briten und RUC, und der Großteil ihres militärischen Apparates ist in voller Funktionstüchtigkeit. Insofern zögert aus unserer Sicht die britische Seite, und sie müßte sich mehr bewegen, und zwar eher bald als später.

Die historische Chance, die Albert Reynolds beschrieb als die beste Aussicht auf Frieden seit 70 Jahren (seit der Teilung), kann und darf nicht wegen britischem Unwillen preisgegeben werden. Jeder am Prozeß Beteiligte hat sich viel bewegt, was Risikobereitschaft und Flexibilität anbetrifft, und so bleibt die Verantwortung Großbritanniens, diesen Prozeß zu befördern. Es reicht nicht aus, wenn sie die Rolle des selbstgefälligen Betrachters einnehmen, der alles Schlechte in Irland anmahnt. Ihre Führer verhalten sich, als ob sie völlig unbeteiligt am Konflikt sind und keine andere Rolle besitzen, als den Status Quo aufrechtzuerhalten.

Wir sind der Überzeugung, daß Großbritannien der Hauptgrund des irischen Konfliktes war und ist, und sie haben zu akzeptieren, daß ihre historische und aktuelle Rolle in den irischen Angelegenheiten undemokatisch und Ursache des Konfliktes ist. Sie haben die Verantwortung, sich an einer vollständigen und dauerhaften politischen Übereinkunft in Irland zu beteiligen, frei von jeder Einmischung, die in der Vergangenheit den Konflikt und Krieg genährt hat.

■ Welches sind Eure Mindestforderungen in den anstehenden Verhandlungen?

In alle Verhandlungen wird Sinn Fein mit der Absicht gehen, die britische Rolle in unserem Land zu beenden. Unser Parteivorsitzender unterstrich im September in Dublin drei Bereiche, in denen der Friedensprozeß in einer Weise konsolidiert werden kann, die dem Ausmaß der IRA-Initiative entspricht.

Diese Bereiche sind: 1. Verfassungsmäßiger und politischer Wandel, 2. Demokratische Rechte und 3. Demilitarisierung. Ich würde eine vierte Anforderung aufstellen: die Beseitigung der historischen Ursachen des Konfliktes.

Die Festigkeit eines verfassungsmäßigen und politischen Wandels würde das Ende der Teilung bedeuten. 70 Jahre Konflikt haben gezeigt, daß die Teilung ein Fehlschlag war und ihre Aufhebung lebenswichtig für eine dauerhafte Lösung ist.

Die demokratische Legitimation Sinn Feins muß anerkannt werden. In den Jahren, in denen die britische Regierung unsere Legitimation ignorierte, versuchte sie, unsere gewählten Abgeordneten durch Zensur mundtot zu machen und uns sonst jeder Möglichkeit zu berauben, unsere Wähler zu vertreten (und dann behaupten sie, wir wären nicht demokratisch!).

Die Demilitarisierung muß vorankommen. Es sind derzeit 30000 Soldaten und Polizisten auf unseren Straßen. Seit dem Waffenstillstand konnten wir nur kosmetische Veränderungen erkennen. In einigen Gegenden wurden die Truppen angewiesen, in ihren Baracken zu bleiben; aber sie sind immer noch da. In einigen Gegenden gehen RUC-Patrouillen unbegleitet von Truppen, aber sie fahren weiter republikanische Gegend in ihren gepanzerten und mit MG's ausgestatteten Fahrzeugen ab. All die Kriegsumstände sind genauso erdrückend wie vorher, nur zum Teil nicht so sichtbar. Die Änderungen sind kosmetischer Natur. Niemand sieht sie als Beginn der notwendigen Demilitarisierung.

Schließlich müssen die historischen Ursachen des Konflikts beseitigt werden. Die unionistische Herrschaft über die Angelegenheiten in den Six Counties und ihre Entscheidungsmacht, was passieren soll und was nicht, muß verschwinden. Ohne britische Garantien wird sie verschwinden. Die Diskriminierung aufgrund des Glaubens muß ersetzt werden durch gleiche Möglichkeiten für alle, unbesehen ihrer Religion, ihres Geschlechtes und ihrer Rasse.

Auch die Geisteshaltungen müssen



sich verändern. Mißgunst und Haß werden keinen Raum im neuen Irland haben, das tolerant gegenüber allen unterschiedlichen Überzeugungen und Lebensstilen sein wird.

■ Wie ist Eure Haltung zur britischen Forderung nach endgültiger Niederlegung der Waffen?

Was jetzt gefordert ist, ist die Vertreibung der Gewehre aus der irischen Politik, jetzt und für immer. Die britische Regierung hat den falschen Zustand mit Gewalt geschaffen und aufrechterhalten. Natürlich muß es ein Ende aller bewaffneten Aktivitäten geben.

Es ist zu betonen, daß die IRA nicht kapituliert, sondern einen Waffenstillstand erklärt hat. Die Loyalisten folgten und erklärten einen Waffenstillstand. Nur die britische Regierung und ihre Polizeitruppe, die RUC, erklärte keinen Waffenstillstand, geschweige denn, daß sie ihre Gewehre abgegeben hätten. Alle Konfliktparteien müssen ihre Gewehre abgeben und sich dann bereitfinden, an dem Friedensprozeß teilzunehmen.

■ Was hat sich seit der Waffenstillstandserklärung der IRA in den Six Counties konkret verändert?

Es gab, wie gesagt, nur kosmetische Veränderungen. Da haben einige Entspannungen im Kriegsapparat stattgefunden, so sind die Kontrollpunkte (zwischen der Republik und den Six Counties) geöffnet worden; sie sind allerdings immer noch mit Truppen besetzt. In einigen Städten sind die Truppen abgezogen worden, und in Newry sind hohe Wälle zum Schutz gegen Attacken von Loyalisten gebaut worden.

Aber dies ist nur ein kleiner Trost für die Leute, deren Häuser weiter überfallen werden, oder für die, die weiterhin gesucht und verhaftet werden. Die Leute, die in Derry in der Nähe des Rosmont-Turms leben, werden weiterhin belästigt durch die Truppen, die in ihre Häuser spähen und sie nachts auch durchgehend beleuchten. Die politischen Gefangenen bleiben eingesperrt.

Die wichtige Änderung, die es gegeben hat, ist die politische. Die IRA-Entscheidung schuf Raum für möglichen Schwung bei den Verhandlungen über die Zukunft.

Wenn diese Periode später betrachtet werden wird, dann wird anerkannt sein, daß die IRA-Entscheidung die Dynamik für Verhandlungen und möglichen Frieden geschaffen hat.

■ Welches langfristige Ziel verfolgt Ihr bezüglich des Konfliktes, und auf welche Kräfte in

den Six Counties und der Republik Irland wollt Ihr Euch dabei stützen?

Unser Fernziel ist die irische Einheit. Teile dessen sind Selbstbestimmung des irischen Volkes und die bekannte demokratische Option: Die Mehrheit des irischen Volkes der ganzen Insel muß ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung ausüben. Alle politischen Parteien haben die Möglichkeit, ein neues Irland zu schaffen, das zur Einheit des Volkes finden kann. Dies wird natürlich kein leicht zu erreichendes Ziel, aber es ist notwendig für einen dauerhaften Frieden.

Die britische Regierung spielt dabei eine große Rolle und muß die Unionisten überzeugen, daß ein einiges, demokratisches Irland die Zukunft ist. Jede andere Option geht fehl. Dauerhafter Frieden kann nur erreicht werden, wenn dem Volk auf der ganzen Insel das Recht zur Ausübung der Selbstbestimmung gegeben ist. Alle Parteien im Norden wie im Süden spielen dabei eine wichtige Rolle.

■ Ihr wollt ein sozialistisches Irland. Welche Kriterien erachtet Ihr als dafür wesentlich, gibt es Diskussionen um Folgerungen aus dem Ergehen des „Realsozialismus“?

Sinn Fein's Gedanken bezüglich dieser ganzen Frage hat 1978 unser Parteivorsitzender formuliert. In dem Papier versuchte Gerry Adams, sich mit den Mythen und Fehlkonstruktionen auf diesem Gebiet zu befassen. Zu jener Zeit machte Adams klar, daß Sinn Fein aufgefordert ist, eine demokratische, sozialistische Republik Irland zu schaffen. Er sah dem normalen politischen Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus entgegen, der nach dem Ende der Teilung anstehen wird. Er betonte, daß Sinn Fein in der ersten Reihe der stehen wird, die eine breite, linke Bewegung aufzubauen werden, die fähig ist, den Konservatismus und die Rechte zu schlagen und eine wirkliche sozialistische Alternative zum Status Quo zu schaffen. Sinn Fein strebt keine Revolution nach nicaraguanischer oder kubanischer Art an. Wir haben immer alle Modelle betrachtet und analysiert; Anstrengungen wurden unternommen, diese Kämpfe in irischen Kontext zu bringen. Sinn Fein ist sich bewußt, daß globale Veränderungen stattfinden, und will Bedingungen schaffen für eine neue Vorstellung davon, was Sozialismus ist.

Das Interview mit Cathal Crumley führte uga am 5. Dezember 1994. Aus Platzgründen kann der Beitrag erst in dieser Ausgabe erscheinen.

Türkei: Giftiges Gold

Etwa 85 % des Weltproduktion von Gold (1992: 2200 Tonnen) wird für Schmuck verwendet. Doch der goldene Luxus kann die Zukunft vergiften, wenn das edle Metall in großen Tagebauen mittels Natriumzyanid ($NaCN$) aus dem Erz herausgelaugt wird. $NaCN$ ist wie Zyankali ein Salz der Blausäure. Die tödliche Dosis der Substanz für Menschen (bei Einnahme durch den Mund) liegt unter einem halben Gramm.

Dieses Verfahren, das hierzulande keine Chance mehr hätte, genehmigt zu werden, wird aber anderswo noch gerne angewandt. Unter anderem in Peru und in der Türkei.

Das Dorf Kükükdere liegt auf einem Hügel mit weitem Blick über die Bucht von Edremit an der türkischen Ägäisküste. Die Küste ist bekannt für ihre Schönheit und ein beliebtes Touristen-gebiet. Die Hänge und Täler sind be-standen mit Millionen Olivenbäumen. Seit Jahrtausenden werden die Oliven-bäume hier von den örtlichen Bauern gepflanzt und gepflegt. Etwa tausend Menschen leben in Kükükdere vom Oli-venanbau.

Die Lebensgrundlage dieser Menschen — und vieler anderer in der Gegend — wird durch ein Goldminenprojekt bedroht, das von einem internationalen Firmenkonsortium vorangetrieben wird. Dazu wurden in der Türkei zwei Tochterfirmen gegründet — Tüprag und Eurogold. Während die Tüprag ihre Bergbauarbeiten in Kücükdere beginnen will, hat Eurogold (hinter der die Dresdner Bank steht) als ersten Schürfort Ovacik ausgewählt inmitten der Ruinen des antiken Pergamon — heute Bergama.

Um das Goldminenprojekt in Gang zu bringen, müssten Hunderttausende von Olivenbäumen gefällt werden. Die fruchtbare und wasserreiche Bodenkrume würde abgebaggert, Hügel würden abgetragen und offene Gruben ausgehoben (in Kücükdere auf etwa 50 ha).

Tüprag plant die jährliche Verwendung von 122,5 Tonnen NaCN, um damit 250000t Gestein im Jahr zu zersetzen. Der hochgiftige Abfall soll in offene „Sondermülldeponien“ gebracht werden, die auf weiteren 20 ha geplant sind. Internationale Experten haben schwer-

Eine geplante Cyanidlauge- rei vergiftet den Bauern Wasser und Boden aus: akin/Wien

wiegende Bedenken angemeldet. Das Gebiet ist erdbebengefährdet. Doch selbst unter den gegebenen normalen Umständen können die Giftstoffe in den Sondermülldeponien nicht unter Kontrolle gehalten werden. Es droht ein Einsickern ins Grundwasser mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung von Bergama und Küçükdere, ihr Trinkwasser und ihre Landwirtschaft. Die Lagerung der Rückstände wird darüber hinaus zu erheblicher Luftverschmutzung führen. Und dabei sind Pergamon und Küçükdere nur die Spitze des Eisbergs. Das Konsortium sucht zur Zeit an 60 Stellen an der ganzen Agäisküste zwischen Troja und Izmir nach Gold. Die beantragte Lizenz für die Türkei betrifft insgesamt 9800 ha. Die Durchführung dieser Projekte würde schwerwiegende Konsequenzen haben für die Bauern der Region, sie würde zu massivem Verlust der Bodenkrume führen, den Tourismus schädigen und Hunderttausende Menschen bedrohen. Zukünftigen Generationen würde eine aufgerissene und vergiftete Küste hinterlassen.

Die Bevölkerung von Bergama, Kücükdere und dem betroffenen Gebiet einschließlich der nahen griechischen Insel Lesbos haben sich gegen die Durchführung der Projekte ausgesprochen. Alle betroffenen Ministerien der türkischen Regierung haben dem Projekt inzwischen zugestimmt — mit Ausnahme des Umweltministers, dessen Entscheidung in Kürze erwartet wird. FIAN ist sehr besorgt über diesen drohenden Verstoß gegen die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte von Kücükdere, Bergama und den anderen betroffenen Gemeinden. Noch besteht eine Chance, das Projekt zu stoppen — eine internationale Aktion kann dazu beitragen und muß deshalb umgehend in die Wege geleitet werden.

Die Menschenrechtsgruppe FIAN („Für das Menschenrecht sich zu ernähren“) bittet um Protestbriebe an den Umweltminister Mr. R. Akcali, Çevre Bakanlığı, Eskisehir Yolu, 8. KM Ankara, Türkei, Fax: 090-3122852742

— (FIAN/akin, Wien, über CL-Netz)

Landesweite Proteste gegen Privatisierung

An dem Aktionstag gegen die Politik der Çiller-Regierung beteiligten sich Zehntausende



Protestkundgebung am 20. Dezember in Ankara für gesetzliche Rechte, gegen die Ciller-Regierung. Bild aus: „Özgür Ülke“

Nach mehreren örtlichen Aktionen riefen die Gewerkschaften der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für den 20. Dezember 1994 zur landesweiten Arbeitsniederlegung auf. Der Protest richtete sich gegen die Privatisierung und Massenentlassungen, gegen die Ciller-Sparbeschlüsse vom 5. April, gegen den Reallohnabbau (für 1995 sind Lohnerhöhungen von 22,5 Prozent für den öffentlichen Dienst vorgesehen, die Inflationsrate liegt bei 150 %) und gegen die Verweigerung von Gewerkschaftsrechten. Die Beteiligung am Aktionstag war hoch, auch in einigen Städten Kurdistans, wo Streiks u.ä. Aktionen durch den Ausnahmezustand kriminalisiert werden, war sie sehr hoch. Für Februar sind drei Tage Arbeitsniederlegung geplant, wenn der Entwurf des Gewerkschaftsgesetzes nicht im Januar angenommen wird.

der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der Arbeitsniederlegung. Bei verschiedenen Kundgebungen wurden kurdische Tänze und Musik gespielt.

In Istanbul beteiligten sich hunderttausende an der Arbeitsniederlegung. Die Schulen blieben geschlossen, Flüge wurden abgesagt und der öffentliche Verkehr stand still. Es gab mehrere Demonstrationen und Kundgebungen. 15 Leute wurden festgenommen.

In Budur kamen 4000 Menschen zur Kundgebung. Sie legten eine Schweigeminute ein für die „Märtyrer, die für die Freiheit und Unabhängigkeit“ gefallen sind, und verurteilten die Bombanschläge auf *Özgür Ülke*.

In Rize kamen 1000 Angestellte aus dem Erziehungs- und Gesundheitswesen zu einer Kundgebung. In Samsun gingen 8000 Beschäftigte aus dem Erziehungswesen zum kollektiven Arbeitstag.

Plätzen über 20000 Menschen vors Gouverneursamt. Die Finanzbeamten streikten auch am nächsten Tag. 25000 Menschen kamen zu einer Kundgebung, bei der die Rücknahme der Zwangsversetzung von 40 Beamten wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten gefordert wurde. Die Kundgebungsteilnehmer demonstrierten auch für die Freundschaft zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk.

In Adana wurde die Kundgebung verboten, mit Transparenten marschierende Demonstranten wurden von der Polizei angegriffen. Bei einer Versammlung von 200 Beamten des Finanzamts wurden 30 Leute von der Polizei zusammengeschlagen und festgenommen. Bei einer Pressekonferenz in einem Park im Stadtzentrum wurde ein Gewerkschafter festgenommen. 50 Leute versuchten, den Redner zu schützen, es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Vor dem Krankenhaus versammelten sich 500 MitarbeiterInnen zu einer Kundge-
b

bung. In Mersin kamen 7000 Menschen zu einer Demonstration im Stadtzentrum. 15 Studenten wurden in Mersin festgenommen.

Kurdistan:

In Antep beteiligten sich 4000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an einer Kundgebung für Gewerkschaftsrechte.

In Diyarbakir beteiligten sich trotz Drohungen des Kolonialgouverneurs mit Verfolgung 100 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an der Arbeitsniederlegung. Vor dem großen Postamt fand eine Kundgebung statt und es wurden mehrere kleine Demonstrationen zur Gewerkschaftszentrale durchgeführt. Die staatlichen Sicherheitskräfte lauerten mit Flammenwerfern und Rauchbomben vor dem großen Postamt.

Quelle: „Özgür Ülke“ vom 22.12. und 23.12.94 — (K., aus: *Kurdistan-Rundbrief 1/95*)

Lokalradiokommerz – Abenddämmerung für Bürgerfunk



Dass die Nischen für nicht-kommerzielles Bürgerradio innerhalb der privaten Lokalradio GmbHs in NRW zunehmend enger werden, ist als Tatsache ebenso alt, wie der Betrieb dieser Medienfirmen. Zu Beginn des Jahres 1995 wurde mit der Änderung des Programmschemas von Radio Essen ein weiterer Schritt zur sogenannten völligen „Durchhörbarkeit“ des Radios durchgesetzt, der nicht schweigend hingenommen werden sollte.

Radio Essen verdient bisher mit seinen Werbeeinnahmen nicht genug, um seine Anteilseigner – zu 75 % der WAZ-Konzern, je 12 % Stadtwerke Essen und Essener Stadtsparkasse – zufrieden zu stellen. Der Lokalsender auf UKW 102,2 hat auch Jahre nach dem Start die starke Konkurrenz zum WDR-Radio Ruhrgebiet und zu den privaten Lokalstationen in Gelsenkirchen, Mülheim oder Bochum zu fürchten. Im Vergleich zu den Nachbarstationen erreicht Radio Essen weitaus weniger Hörer/innen im Stadtgebiet und damit natürlich auch kleinere Anteile am Werbekuchen.

Schuld soll unter anderem der Bürgerfunk sein, bisher vormittags mit Wortanteilen von mehr als den sonst im Privatfunk üblichen max. 30 % pro Stunde gesendet, und mit einer selbstbestimmten Musikauswahl, die oft bewußt nicht den Hitparadencharts entnommen wird. Potentielle Radio Essen-Hörer/innen schalten nach Vermutungen der Redaktion schon vor Beginn der bisherigen Bürgerfunksendungen um halb zehn Uhr den Sender ab, um ihn auch in den nächsten Stunden zu meiden. Auf gut deutsch: Radio Essen braucht noch weniger Wort und mehr Einheitsmusik.

Funkstille am Wochenende

Einige der Sendungen, die im Bürgerfunk seit dem Start von Radio Essen eine gewisse Tradition begründet hatten, wird es deshalb 1995 nicht mehr geben. Insbesondere am Wochenende vor

18.00 Uhr werden nach einem Mehrheitsbeschuß der Veranstaltergemeinschaft von Radio Essen keine Bürgerfunksendungen mehr ausgestrahlt. Sendungen wie „Natur und Umwelt“, „Jugendmagazin Backstage“, „Sozial Extra“ oder auch Sonntagnachmittags die „Lichter der Großstadt“ fallen der Programmänderung zum Opfer.

Die Veranstaltergemeinschaft als Aufsichtsgremium von Radio Essen, in dem u.a. Gewerkschaften, die Industrie- und Handelskammer, Kirchenvertreter, SPD- und CDU-Ratsherren sitzen, ließ sich weiterhin von der Redaktion überzeugen, daß an Wochentagen die bisherigen Bürgerfunksendungen z.B. der Neuen Essener Welle oder der Volkshochschule zu wortlastig (Einzelbeiträge z.T. länger als 2 1/2 min.) und die Musikauswahl im Bürgerfunk nicht locker genug (auch arabisch oder türkisch klingende Musiktitel) sei. Nur wenn der Bürgerfunk eingeschränkt werde, könnte die Radio GmbH endlich dickere schwarze Zahlen schreiben.

Pflichtverletzung von Radio Essen

Interessanterweise ist selbst im jährlichen Beteiligungsbericht über das Vermögen der Stadt Essen als eine Aufgabe der Radio Essen GmbH beschrieben: Nach §24 des Landesrundfunkgesetzes NRW müssen vom Lokalradio für Bürgerradiowerkstätten wie die Neue Essener Welle Produktionshilfen zur Verfügung gestellt werden. An finanziellen Zuschüssen oder Sachzuwendungen hat es in den vergangenen Betriebsjahren von Radio Essen jedoch keinen Pfennig gegeben. Stattdessen werden die Radioworkstätten mit sinkenden Summen aus dem städtischen Kulturretat und Töpfen der Landesanstalt für Rundfunk gefördert. Für Radio Essen machen die Radioworkstätten bisher völlig kostenlos bis zu zwei Stunden tägliches Programm.

Ob die Rechnung – schlichteres Pro-

gramm = mehr Werbeeinnahmen – wirklich aufgeht, wird sich im laufenden Jahr zeigen müssen. Bei der NEW besteht weiterhin die Überzeugung, daß individuelle inhaltliche Programmnoten und eine eigenständige Musikauswahl auch außerhalb sich ständig wiederholender Popmusik auf Dauer zum besseren Erfolg eines Radiosenders beitragen, als ein NRW-weiter Einheitsbrei.

Leider haben Bürgerradiowerkstätten wie die NEW keine Möglichkeit, die Beschlüsse der Veranstaltergemeinschaft von Radio Essen zu verändern.

Nurdüstere Signale

Außerhalb von Essen ist die Lage des Bürgerfunk leider nicht viel besser. Neben verringerten Zuschußmitteln der Landesanstalt für Rundfunk an die jeweiligen gemeinnützigen Radioworkstätten vor Ort und problematischen Verhandlungen mit den Arbeitsämtern, für diese Medienkulturaufgaben weiterhin ABM-Kräfte zu erhalten, ist der Bürgerfunk in den anderen Lokalsendern schon lange auf Abendsendeplätze zurückgedrängt worden.

Auch angesichts der Landtagswahl im Mai 1995 muß gesagt werden: Bürgerfunk scheint nach der Etablierung des lokalen Privatfunks in Nordrhein-Westfalen zunehmend zu einer kulturellen Altlast zu werden. Von Seiten der SPD-Landesregierung und der Zeitungsverleger – die wie der WAZ-Konzern im Ruhrgebiet auch anderenorts immer die Hauptanteilseigner der Radios sind – wird der Bürgerfunk nur noch als Belastung im kommerziellen Radioprogramm behandelt, die eine erfolgreiche Bilanz der Medienfirmen behindert.

Daß lokaler Rundfunk auch etwas mit Kultur und unmittelbarer Bürgerbeteiligung zu tun haben könnte, ist als Gedanke schon lange in sozialdemokratischen Aktenbergen zur Medienpolitik aus den achziger Jahren verschwunden.

Da hilft es wenig, wenn der Vorsitz der Veranstaltergemeinschaft für Radio Essen vom örtlichen DGB-Vorsitzenden wahrgenommen wird. Offensichtlich sind gegenwärtig kulturelle Ansprüche an die Massenmedien und der wirtschaftliche Erfolg des Lokalradios in Bewußtsein selbst der Gewerkschäfer nicht mehr zusammenzuführen. Obwohl er kaum billiger zu haben ist, als mit den gemeinnützigen Radioworkstätten!

Programmabspann für 1995

Für den Bürgerfunk und die NEW ist Programm von Radio Essen heißt konkret für 1995:

- die Sendeplätze samstags von 9.30 bis 10.00 Uhr und von 15.00 bis 16.00, während die Sendeplätze sonntags von 12.30 bis 13.00 sind ersatzlos gestrichen;
- der wöchentliche *Knackpunkt* zu streitbaren Themen wie dem EU-„Gengipfel“ wird im neuen Jahr stammtwochs immer dienstags von 9.00 bis 10.00 Uhr laufen;
- von montags bis freitags dürfen Bürgerradioworkstätten wie die NEW vier redaktionelle Beiträge in das Radio Essen bestimmte Musikprogramme einblenden, die 2,5 bis 3 Minuten lang sein dürfen.

Das NEW-Magazin am Dienstag bleibt inhaltlich und musikalisch auf weiteres erhalten. Der Sendebeginn wird jedoch auf 18.00 vorgezogen und endet dafür schon um 19.30 Uhr. Gleiches gilt für die Bürgerfunksendung an den anderen Werktagen, jeweils den muttersprachlichen Sendungen.

Trotz dieses bedenklichen Ausblicks auf das neue Jahr hoffen die Bürger/innen auch für die neuen Sendeten auf zahlreichen Zuspruch. Noch besser wäre sicherlich ein deutlicher Unterschied interessierter Hörer/innen gegen die inhaltliche Kastration des Bürgerfunkbetriebs im Lokalfunk.

– (Walter Wandtke, aus: Lokalbericht Essen 1/95)

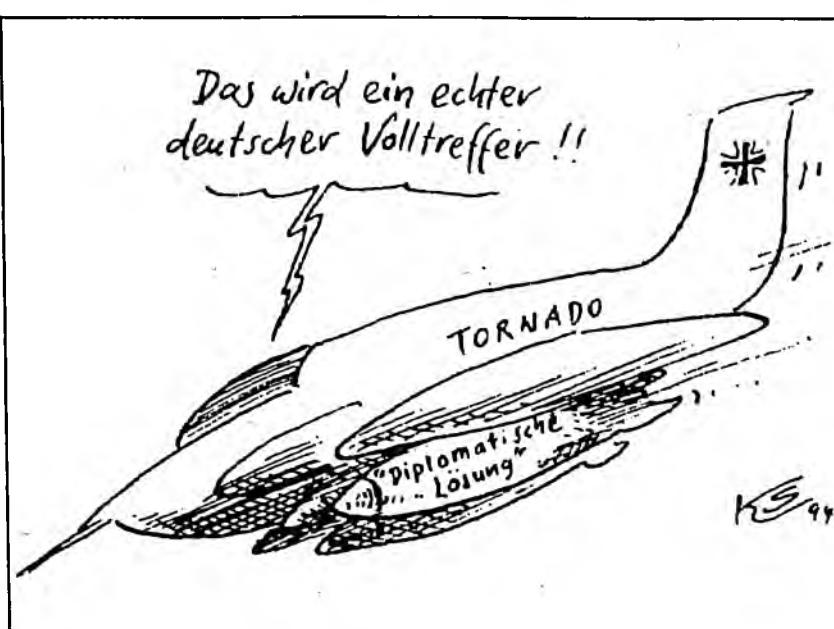
die Energieversorgungsunternehmen dies in jedem Fall verabredet hätten.

Beeindruckend sind die Sicherheitsvorkehrungen für die Verkündung der Verlagerung: Mit 22 Bussen sollte die Belegschaft nach Bayern zu einer Versammlung gekarrt werden und anschließend sollte niemand mehr in das Werk dürfen. Angeblich fürchteten sie „verbrecherische Aktivitäten“ einigen wütender Mitarbeiter.

Quellen: nhz Nr. 87; FAZ, 9.12.94, – (udi)

NPD & Co: Nazis treffen sich bei der Polizei

Stuttgart. Wie das Stuttgarter Magazin *Lift* in seiner Januarausgabe berichtet, haben sich über mehrere Monate Nazis aus verschiedenen Parteien und gemeinsam im Polizeisportheim gegenüber dem Gottlieb-Daimler-Stadion versammelt. Eingeladen zu diesen Treffen hatte die NPD-Vorfeldorganisation „Ein Herz für Deutschland“; und schrieben waren die Einladungen von dem Ludwigsburger Vorsitzenden der NPD, Martin Bayer. Dem „Freundekreis“ werden, so die *Lift*-Autoren, gute Kontakte zu den Republikanern eben



30000 Wehrpflichtige, darunter 12000 aus den neuen Bundesländern und 2000 aus Berlin, mußten zum Jahresanfang in die Kasernen einrücken. In Berlin protestierte die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ aus diesem Anlaß an verschiedenen Stellen gegen die Remilitarisierung, u.a. durch eine Aktion am Bahnhof Zoo. — (rül)

MEHR DEMOKRATIE IN BAYERN MACHT WEITER**Jetzt „Bürgerentscheide in Gemeinden“**

Das erste Volksbegehren „Faire Volksentscheide im Land“ der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern“ ist vom bayerischen Verfassungsgerichtshof für unzulässig erklärt worden.

Die Wut über dieses unbegreifliche Urteil ist groß. Wir haben in der Geschäftsstelle viele Anrufe erhalten mit dem Tenor: „Jetzt erst recht.“ Bei dem zweiten Volksbegehren, mit dem der Bürgerentscheid in Gemeinden, Städten und Landkreisen eingeführt werden soll, sind wir zuversichtlich, daß es nicht vor das Verfassungsgericht kommt. Der genaue Termin wird bis Mitte Dezember vom Innenministerium festgelegt. Somit wird die zweiwöchige Eintragungsfrist für „Bürgerentscheide“ voraussichtlich im Februar 1995 sein. Dann müssen sich ca. 900.000 Stimmberchtigte in die Listen eintragen.

HAMBURGER HAFEN**Weniger Arbeit, größere Gefahren**

Im kürzlich erschienenen Jahresbericht 1993 des Amtes für Arbeitsschutz wird auf über 15 Seiten speziell über die gesundheitlichen Gefährdungen der Hafenarbeiter berichtet.

Die Anzahl der Hafenarbeiter sinkt im Jahr 1994 erstmalig auf unter 6000. Daß im Jahr 1993 drei Hafenarbeiter auf der Arbeit tödlich verunglückt sind, ist erschreckend, es sind 0,05%. Das Amt stellte auch fest, daß sich das „Unfallrisiko bei der Hafenarbeit in den vergangenen Jahren weiter zum Umgang mit schweren Lasten und großen Transportfahrzeugen verschoben hat“. Weiter wird vom Amt für Arbeitsschutz festgestellt, daß im Containerbereich noch keine zufriedenstellenden Verbesserungen (bezüglich des Unfallschutzes, d. Verf.) erreicht wurden. Wie wahr – im Jahre 1994 sind im Hafen bereits sechs Tote zu beklagen. Diese Anzahl entspricht ungefähr 0,1% der Hafenarbeiter. Diese Kollegen sind überwiegend durch Unfälle im Bereich Containerumschlag ums Leben gekommen. Arbeitszeit, Einsparung von Aufsichten, aber auch Nichteinhaltung der Unfallverhütungsvorschriften sind u. a. dafür

verantwortlich. Es gibt wohl keinen Bereich in Hamburg mit einem höheren Unfallrisiko. Weniger spektakulär, aber um so mehr verbreitet sind die langsam wirkenden gesundheitlichen Gefährdungen der Hafenarbeit.

– Gefährdung der Atemwege durch Getreide- und Futtermittelstaub sowie Pilz- und Bakterienerkrankung durch entsprechende Krankheitserreger in Futtermittelstäuben.
– Gefährdung von Großgerätefahrern durch Schwingungsbelastung kombiniert mit hohen Belastungen der Wirbelsäule besonders auf der Containerbrücke.
– Gefährdung durch Dieselabgase in Hallen oder in Schiffsräumen, wobei Dieselabgase krebserzeugend sind.

Das Amt für Arbeitsschutz versucht zwar, an allen diesen Punkten tätig zu werden, um die gesundheitlichen Gefahren zu reduzieren. Aber mit im Vergleich zum Vorjahr von sieben auf ganze fünf Mann reduzierten Technischen Aufsichtsdienst für den Bereich Schifffahrt und Hafen ist eine effektive Überwachung der Reeder und Hafenkapitälisten nicht zu erreichen. — (obj)

wie zur 1993 verbotenen Heimattreuen Vereinigung Deutschland (HVD) nachgesagt. Nach Informationen der Cannstatter Zeitung hatte der Pressesprecher des Innenministeriums, Helmut Zorell, bereits vor einigen Monaten die Stuttgarter Polizei auf die rechten Gäste aufmerksam gemacht. Warum diese allerdings erst wenige Tage vor Erscheinen des Artikels hektisch ihren Treffpunkt geändert haben, war ihm auch nicht bekannt. Der „Freundeskreis“ trifft sich jetzt im „Alten Spinnrad“ im Haus der Bessarabien-Deutschen im Stuttgarter Osten. — (JK)

Neue Sparwelle bei den Kitas

Stuttgart. Der Rechnungshof wird noch diesen Monat ein Gutachten zu den Kindergärten im Land veröffentlichen. Was bis jetzt verlautbart wurde, läßt auf nichts Gutes schließen. Schon jetzt ist klar: Städtetag und Rechnungshof sind sich einig, daß durch „Strukturänderungen“ in diesem Bereich jährlich Millionen eingespart werden können.

Und das, obwohl der Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz umgesetzt werden muß und dadurch eigentlich

mehr Kosten entstehen müßten!

Eine dieser Maßnahmen scheint die Erhöhung der Gruppengröße auf höchstens 31 Kinder (bisher 28 Kinder) zu sein. Angedeutet wurde ebenfalls, daß der Tarifvertrag unterschiedlich auslegen werden kann, da bei der Kirche teilweise eine BAT-Stufe höher eingruppiert wird als in kommunalen Einrichtungen.

Der Städtetag erhofft sich mehr Flexibilität in der Organisation und in der Finanzierung der Kindergärten. Beschäftigte und Gewerkschaften müssen sich auf scharfe Auseinandersetzungen einstellen. — (unb)

Repression gegen antifaschistischen Widerstand

Coburg. Hier findet der jährliche Pfingstkongress des „Coburger Convent“ statt. Der CC (schlagend und farbenprächtig) organisiert in seinen Verbindungen ca. 30.000 Verbandsbrüder.

Coburg, das ist Sitz des „Hilfskomitees Südliches Afrika“ (HSA) und der „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft“ (DSAG), die in ihren „Südafrika-Seminaren“ Rassismus verbreiten.

Coburg, das ist die Zentrale von

ABSCHIEBEKNAST GLASMOOR**Demos, Päckchen und Feuerwerk**

Der Abschiebeknast Glasmoor in Norderstedt – seit fast einem Jahr in Betrieb – ist an die Offene Justizvollzugsanstalt Glasmoor angegliedert.

Umgeben von einem 4 Meter hohen Zaun, mit Natodraht abgesichert, sind hier 236 erwachsene männliche Strafgefangene, davon 84 Migranten in Containern eingesperrt. Glasmoor liegt „abschiebegünstig“ in der Nähe des Hamburger Flughafens auf Schleswig-Holsteiner Gebiet, zuständig ist aber die Hamburger Justizbehörde. — (edl)

Sylvesterkundgebung in Köln

Solidarität mit den politischen Gefangenen in Köln-Ossendorf demonstrierten gut hundert Teilnehmer mit der Sylvesterkundgebung vor dem Gefängnis. In den Reden, die per Lautsprecher über die Gefängnismauern schallten, standen die Forderungen nach freier medizinischer Versorgung für die Gefangenen und die Freilassung aller Haftunfähigen, insbesondere von Adelheid Schulz und Sieglinde Hofmann, im Mittelpunkt. Schon im November war in einer Demonstration vor diesem Gefängnis verlangt worden, daß Adelheid Schulz zur medizinischen Untersuchung einen Arzt ihrer Wahl hinzuziehen kann. Auf der Sylvesterkundgebung wurde berichtet, daß jetzt endlich einige Tage zuvor dieser Arzt zu Adelheid Schulz durfte. Den politischen Gefangenen aus Kurdistan, die in Ossendorf vom deutschen Staat in Haft gehalten werden, wurden solidarische Grüße übersandt. Allen Inhaftierten wurde Unterstützung gegen die menschenunwürdige Unterdrückung im Gefängnis zugesagt:

- „Wir fordern den absoluten Abschiebestopp!“
- Wir solidarisieren uns mit dem Kampf für ein freies Kurdistan!
- Wir fordern die sofortige Einstellung der Prozesse gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, sowie die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Birgit Hogefeld!“
- Christine Kuby muß draußen bleiben!
- Freiheit für alle politischen Gefangenen – weltweit!“ — (gba)

Nation und Europa des Peter Dehoust (Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat – DL)

In Coburg hat der Einblick-Drucker Eberhard Hefendehl, Sülzfeld, (NSDAP-AO, FAP, lt. Verfassungsschutz Waffenhandel, Söldneranwerber und -ausbilder) Druckerei und „Odal“-Verlag.

Widerstand gegen eine NPD-Veranstaltung im November 1993 und gegen den Coburger Convent hat einer Reihe junger Leute Strafanzeigen bzw. Verurteilungen eingetragen.

Unter dem Motto „Wir lassen uns das nicht gefallen“ hat die Coburger Archiv-Gruppe dazu eine Solidaritätsausgabe der „Archiv-Nachrichten“ herausgebracht. Im Heft finden sich eine Aufarbeitung der Geschehnisse in Coburg („Notizen aus der Provinz: Widerstand im Hinterland“), Dokumente zu NPD/Junge Nationaldemokraten, zum Coburger Convent und zur Sondereinheit der bayerischen Polizei, USK. Gegen den Solidaritätspreis von 5,- DM und eine Versandpauschale von 1,50 DM kann das Heft bei der Prozeßgruppe, Postfach 2704, 96416 Coburg bestellt werden. — (aus: Antifaschistische Nachrichten)

DIDF-Veranstaltungen mit türkischen Gewerkschaftern

Köln. Am 17.12. fand eine Veranstaltung mit türkischen Gewerkschaftsvertretern statt. Trotz kurzer Mobilisierung kamen 300 Leute. Insgesamt fanden 18 Veranstaltungen in der BRD statt. Sabri Topcu, Vorsitzender der Gewerkschaft TÜMTIS (Bedienstete im Transport- und Verkehrswesen) erklärte:

„Gewerkschaftsfunktionären wird es per Gesetz verboten, sich politisch zu betätigen oder Führungspositionen in politischen Parteien zu übernehmen. Gewerkschaftshäuser werden zum Ziel willkürlicher Übergriffe seitens der Sicherheitskräfte. So wurde z. B. die Verwaltungsstelle unserer Gewerkschaft in Izmir am 26. November von 8 bis 10 Angreifern in Civil überfallen und die Einrichtung zerstört. Unsere Mitarbeiterin, die geschlagen wurde, erhielt die Drohung: „Ihr geht zu weit.“ „Dies war nur eine Warnung!“ Es gibt unzählige solcher Beispiele. Die heutigen Arbeitsgesetze schränken viele Rechte der Arbeiter, so auch das Streikrecht ein. Die Praxis sieht so aus, daß selbst gesetzlich zugesicherte Rechte nicht in Anspruch genommen werden können.“ — (jöd)

Schweriner Verhältnisse

Große Koalition aus CDU und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, der Dialog von PDS und SPD geht aber weiter!

Von Helmut Holter

Die „Schweriner Verhältnisse“ erregten 1994 Aufsehen in der ganzen Bundesrepublik. Viel Lärm um nichts, oder?

Nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern gab es die Möglichkeit, einen politischen Kurswechsel einzuleiten. Drei Parteien: CDU (37,7 % der abgegebenen Stimmen, 30 Sitze im Landtag), SPD (29,5 %, 23 Sitze) und PDS (22,7 %, 18 Sitze) waren das Ergebnis des 16. Oktober 1994.

Von den möglichen Szenarien wurden dann zwei ernsthaft von allen Parteien betrieben. CDU und SPD loteten die Chance für eine große Koalition aus. SPD und PDS prüften die Möglichkeit, einen Kurswechsel einzuleiten. Dann begannen SPD und PDS ihren Dialog — Schweriner Verhältnisse.

Die PDS war bereit, eine SPD-Minderheitsregierung zu unterstützen. Für die Gespräche mit der SPD hatte der Sonderparteitag unsere Gesprächsgruppe mit einem 23-Punkte-Themenkatalog ausgestattet.

Am 25. Oktober kam es zum ersten Treffen von SPD und PDS im Schweri-

**Die Zeiten ändern sich.
Die Farbe bleibt.**



ner Schloß. Beide Seiten betonten den historischen Moment. Man wollte eine neue politische Kultur pflegen und den Dialog fortsetzen. Der wesentliche Unterschied lag in der Herangehensweise. Während wir mit unseren Sachthemen zu landes- und bundespolitischen Themen kamen, legte die SPD ihre „Notwendigen Klarstellungen“ vor. Die SPD stellte damit Grundsatzfragen des Verhältnisses von SPD und PDS. Zu unseren 23 Punkten gab es weitestgehende Übereinstimmung.

Nun ist die große Koalition da.

Seit dem 8. Dezember 1994 ist mit der Wahl des alten und neuen Ministerpräsidenten Bernd Seite der Start für eine neue Landesregierung gegeben worden. Natürlich erhielt er 18 Gegenstimmen der PDS-Abgeordneten, aber auch aus den Koalitionsfraktionen stimmten Abgeordnete gegen ihn oder enthielten sich der Stimme.

Die Landesregierung setzt sich neben dem CDU-Ministerpräsidenten aus je 4 CDU- und 4 SPD-Ministern zusammen. Auswirkungen und Ergebnisse bleiben abzuwarten. Die ersten 100 Tage haben bald Halbzeit.

Die Regierungserklärung wird aber erst für den 25. Januar erwartet. Deren Grundlage wird die Koalitionsvereinbarung sein. Diese macht deutlich, daß im wesentlichen so weiter regiert werden soll wie in den vergangenen vier Jahren. Die Koalitionsvereinbarung ist ein Mix aus den Landeswahlprogrammen der CDU und der SPD. Vieles soll geprüft werden und alles steht unter

dem sogenannten Haushaltsvorbehalt.

Die große Koalition von CDU und SPD hat einen Kurswechsel zunächst verhindert. Die SPD muß sich fragen lassen, warum sie diesen verhindert hat.

Für Mecklenburg-Vorpommern und die hier lebenden Menschen ist es daher umso notwendiger, parlamentarisch und außerparlamentarisch gegen Arbeitslosigkeit, Mietsteigerungen, Armut, Kulturverfall und Demokratieabbau anzutreten.

Die PDS trägt als einzige Oppositionspartei im Landtag eine große Verantwortung. Diese besteht vor allem in

der Ausarbeitung und Durchsetzung von Alternativen zur Regierungspolitik.

PDS und SPD werden ihren Dialog fortsetzen. Inhalte und Formen müssen demnächst verabredet werden. Die SPD-PDS-Gespräche sind eine Option auf die Zukunft. In der Bevölkerung gibt es deutlich Mehrheiten, die Parteien links von CDU und FDP zu wählen.

Wir müssen die Frage beantworten, ob und wie PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam Politik gestalten können, ob eines Tages stabile Linksregierungen möglich sind.

Das verlangt von der PDS, ihr Profil

als linkssozialistische Partei weiterzuentwickeln und weiterhin Druck von links auf die SPD auszuüben.

Einerseits ein hoher Anspruch an unsere inhaltlich-konzeptionelle Arbeit, andererseits eine Herausforderung für außerparlamentarische Aktionen.

Die PDS muß sich bei der Fortsetzung der programmatischen Diskussion auf realpolitische Alternativen verstündigen und so ihre politische Handlungsfähigkeit weiter unter Beweis stellen.

Helmut Holter ist Landesvorsitzender der PDS Mecklenburg-Vorpommern.

I.

Mit der CDU werden keine Gespräche zur Regierungsbildung geführt.

II.

Für Gespräche mit der SPD werden folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Änderung der Verfassung im Landtag.

Dabei gilt es insbesondere zu prüfen, wie die Forderungen der Volksinitiative „Soziale Rechte in der Verfassung“ (Recht auf Arbeit, Wohnen, soziale Grundsicherung, selbstbestimmte Schwangerschaft) verwirklicht werden können, aber auch um Änderungen im staatsorganisatorischen Teil.

2. Aktive staatliche Wirtschafts- und Strukturpolitik

— Landesprogramm zur Entwicklung von Vorpommern,
— Regionale Entwicklungspläne und Flächennutzungspläne unter breiter Mitwirkung der dort lebenden Menschen,
— Bildung einer Investitionsbank, die insbesondere einheimische klein- und mittelständische Unternehmen finanziell unterstützt,

— Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe mit dem Ziel, einheimische klein- und mittelständische Unternehmen zu fördern.

3. Gesetzesinitiative zur Änderung des jetzigen Arbeitsförderungsgesetzes nach dem Prinzip „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ und Verabschiedung eines Gesetzes „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“ zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

— Verabschiedung eines Gesetzes für staatlich subventionierte Betriebe, vor allem im ökologischen und soziokulturellen Bereich, insbesondere zur Integration von Langzeitarbeitslosen, älteren Arbeitslosen und Frauen.

4. Sicherung einer dem Charakter des Landes entsprechenden Agrarstruktur

— Verhinderung einer weiteren Aushebung der Bodenreform
— Gleichberechtigte Behandlung der Nachfolgebetriebe der LPG und Maßnahmen zur Entschuldung der Agrargesellschaften.

5. Schaffung eines Bodenfonds auf Landesebene

durch unentgeltliche Übernahme von Flächen der Treuhandliegenschafts-Gesellschaft / Boden-Verwaltungs- und Verwertungsgesellschaft.

6. Streichung der Altschulden bzw. deren Übernahme durch den Bund.

7. Reform der Finanzen zugunsten der

Kommunen

Dabei geht es insbesondere um die Erhöhung des Anteils der Kommunen am Steueraufkommen auf mindestens 25 %.

8. Ausbau der Rechte der Kommunen durch eine Novellierung der Kommunalverfassung

Dabei geht es insbesondere um die Beschränkung der zentralistischen Eingriffsmöglichkeiten durch den Innenminister, die Stärkung der Gemeindevertretungen gegenüber der Verwaltung und den Ämtern sowie die Förderung des kommunalen Eigentums und der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommunen.

9. Die Regierung wird aufgefordert, einen Kurs der strikten Sparsamkeit in der Landesverwaltung zu verfolgen.

10. Gegen den weiteren Sozialabbau und für Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Dazu gehören:

— Initiative im Bundesrat: keinerlei Kürzungen im AfG mehr zuzulassen, auch nicht die Herabsetzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre

ten zur Vermeidung von Abfall und Müll (...)

16. Ein Schulgesetz für die Verwirklichung des Rechts auf chancengleiche Bildung mit den besonderen Schwerpunkten:

— Einführung eines modernen Bildungssystems ohne Hauptschulen mit gemeinsamem Unterricht bis Klassenstufe 6 und danach folgendem Kurssystem sowie einem festen Platz für die Gesamtschule im Bildungssystem.

17. Gesetzliche Verankerung der Kulturflicht sowie Erhöhung der Landesmittel zur Kulturförderung auf 3 %.

18. Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit steht die soziale und gesellschaftliche Prävention gegen Kriminalität und Gewalt im Vordergrund.

Das Land wendet sich gegen die Einführung des großen Lauschangriffs. (...) Die Befugnisse des Verfassungsschutzes sind zu begrenzen. Das Land wirkt auf die Abschaffung von Geheimdienstaktivitäten hin.

19. Die Diskriminierung von DDR-Bürgern ist einzustellen.

20. Das Land leitet Schritte beim Bund ein, das diskriminierende Rentenstrafrecht zu beseitigen.

21. Das Land gewährleistet eine Ausländerpolitik mit dem Ziel einer weitgehenden rechtlichen und realen Gleichstellung.

Die Regierung setzt sich beim Bund ein für

— ein Antidiskriminierungsgesetz,

— das aktive und passive Wahlrecht für in Deutschland lebende ausländische Bürgerinnen und Bürger,

— neue rechtliche Regelungen zur wesentlichen Erleichterung des Erwerbs doppelter Staatsbürgerschaft,

— eine grundsätzliche Änderung der Regelung der deutschen Staatsbürgerschaft.

22. Ausgehend von den bisherigen Änderungen des Sachen- und des Schuldrechts zu Eigentums-, Besitz- und Nutzungsfragen setzt sich das Land beim Bund für folgende weitergehende Regelungen ein:

— Streichung der Stichtagsregelung im Vermögensgesetz und strikte Einzelfallprüfung hinsichtlich des unredlichen Erwerbs,

— Anerkennung der bis zum 2. Oktober 1990 getätigten, notariell beglaubigten Haus- und Grundstückskäufe,

23. Das Land tritt gegen militärische Tiefflüge und den Ausbau von Militärlagern in Mecklenburg-Vorpommern ein. Verbot von Rüstungsproduktion und Waffenhandel.

(...)

„Regieren wie am Runden Tisch“

Die 23 Punkte des PDS-Landesparteitags

— „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ — auch bei ABM und keine Leistungsverschlechterungen im Arbeitsförderungsgesetz und Bundessozialhilfegesetz (...)

— sofortige Aufstockung des Regelsatzes bei der Sozialhilfe auf mindestens 510 DM durch die Landesregierung.

11. Schaffung von Landesregelungen zur Umwandlung von kommunalen Wohnungen, einschließlich der Wohnungen, die im Besitz kommunaler Wohnungsgesellschaften sind, entsprechend dem tatsächlichen Bedarf an Sozialwohnungen.

12. Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz, an dessen Kosten sich das Land zu 50 % beteiligt.

13. Ein neues Gleichstellungsgesetz, in dem neben dem Grundsatz der Gleichstellung Maßnahmen verankert werden, wie die tatsächliche Gleichstellung in allen Bereichen des Landes gesichert und gefördert werden kann.

14. Ausarbeitung eines integrierten Verkehrskonzepts

Keine Unterstützung für den Bau der A20, des Transrapid sowie der Ost-Trasse der A241.

15. Novellierung der Rechtsvorschriften

PDS auf der Suche nach dem richtigen Weg

Parteitagsvorbereitungen aus der Sicht eines Ostberliners

Von Klaus Jürgen Dahler

Der Bundesvorstand der PDS brief für die Zeit vom 27. bis 29. Januar 1994 die 1. Tagung des 4. Parteitags ein. Im Vorfeld dieser Parteitagsberatung nutzen zahlreiche Gruppen der Partei die Möglichkeit, um vor allem theoretische Fragen über den weiteren Weg der PDS in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Nach dem Erfolg der Partei bei der Bundestagswahl und einer im Interesse des Wahlkampfes geübten Zurückhaltung im Streit der verschiedenen Richtungen bereitet sich die stärkste Linkspartei Deutschlands nun auf offensichtlich notwendige innerparteiliche Auseinandersetzungen vor. Konsens bildet dabei, daß die PDS für eine Reformalternative eintritt, die der Zerstörung des jetzigen sozialen Standards entgegentritt und die auf der Umorganisation des gesellschaftlichen Systems der Arbeitsteilung und einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft aufbaut. Unstrittig bleiben dabei auch der globale Ansatz und die bisherigen programmatischen Aussagen zu den besonderen Problemen der BürgerInnen der ehemaligen DDR.

Den Auftakt zur theoretischen Diskussion gab der Bundesvorstand mit einem programmatischen Dokument „Zehn Thesen zum weiteren Weg der PDS“. Die erarbeiteten Thesen sollen die politische Situation, das politisch-parlamentarische Kräfteverhältnis und die Rolle der PDS nach den Bundestagswahlen benennen. Schon bei der Erar-

beitung der Thesen wurden die unterschiedlichen Auffassungen in der Partei sichtbar. Der im zweiten Anlauf mehrheitlich nach fast siebenstündiger Debatte angenommene Entwurf wird besonders zu Fragen eines sogenannten „neuen Gesellschaftsvertrages“, der Aussage, daß die PDS keine Weltanschauungspartei ist, und der Absage an den Begriff des Klassenkampfes von der Parteibasis angefochten. In mehreren Anträgen an die Tagung des Parteitags fordern Kreisorganisationen und Basisfunktionäre, Interessengemeinschaften und die Kommunistische Plattform, ein solches programmatisches Dokument erst nach einer gründlichen Basisdiskussion zu beschließen. Zum Teil werden von der Basis Anti-Thesen vorgelegt, die ein gänzlich anderes Herangehen an die Beurteilung der Situation und der Politik der PDS fordern. Andere Antragsteller rufen auf, die Thesen gänzlich abzulehnen, da sie den globalen Problemen der Menschheit nicht genügend gerecht werden. Vertreter der Bundestagsgruppe der PDS schätzen ein, daß bestimmte Fragen — so auch die nach mittelfristigen Perspektiven des Kampfes der Linken — noch nicht hinreichend beantwortet werden können.

Das von einigen bürgerlichen Medien vorausgesagte „Hauen und Stechen“ um den Verbleib der Kommunistischen Plattform in der PDS oder um das Herausdrängen „älterer GenossInnen“ ist in der gegenwärtigen Phase der Vorbe-

reitung des Parteitages nicht vorauszusehen.

In Auswertung der bisherigen Wahlen nimmt die Frage, wie es die PDS mit der Macht und der Regierungsbeteiligung halten soll, bei einigen Spitzenfunktionären einen bedeutenden Raum ein. Während sich der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky eine Tolerierung oder Beteiligung an einer Landesregierung in Abhängigkeit von den Aussagen der Koalitionspartner (Bündnis 90/Grüne/SPD) vorstellen kann, konstatiert die Berliner Spalte z.B., daß jegliche Regierungsbeteiligung auf Landesebene einer Etablierung im gegenwärtigen System gleichkäme. Zu den Erfahrungen der Beteiligung von der PDS nominierte Regierungsmitglieder in den Berliner Bezirken (26 Bezirksstadträte in Ostberlin) werden dabei vom Berliner Landesvorstand keinerlei Aussagen gemacht. Dies wird besonders auch vor den Kommunalwahlen in Berlin von Basisfunktionären scharf kritisiert.

In den Diskussionen zu den „Zehn Thesen“ und zur Tolerierung einer Regierung, bzw. einer Regierungsbeteiligung beklagen zahlreiche Mitglieder, daß die in der PDS bisher gepflegte „Basisdemokratie“ nicht in ausreichendem Maße zur Neuentwicklung von Positionen der Partei genutzt wird.

Dem Bundesparteitag liegen weiter zahlreiche Anträge, z.B. zur Jugendpolitik der PDS vor. Zahlreiche Basisorganisationen schlagen die Gründung von Jugendorganisationen der Partei

vor. Dem gegenüber orientiert die AG „Junge GenossInnen“ auf das stärkere Selbstbestimmte Einbeziehen junger Menschen in die Politik und fordert entschieden, die Oppositionsrolle nicht aufzugeben. Sie verweisen darauf, daß die Partei vor allem den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen als entscheidend ansehen sollte.

Ein wichtiger Platz wird auch dem weiteren Umgang der PDS mit der Geschichtsarbeit zukommen. Die Historische Kommission und Antragsteller aus Berlin-Hohenschönhausen und Berlin-Hellersdorf fordern die Partei zur vorurteilsfreien-kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Erarbeitung politischer Kriterien zur Bewertung der Tätigkeit für die DDR auf. In weiteren Anträgen wird zu Fragen der Ökologie, der Entwicklung der PDS in den westlichen Bundesländern und zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik Stellung bezogen.

Der 4. Parteitag der PDS wird sicher weit über die Mitglieder der PDS hinaus unter allen Linken der BRD Interesse finden. Er hat die Chance, ein deutliches Zeichen gegen die Politik der Bundesregierung und Teile der SPD zu setzen und das theoretische Selbstverständnis der Partei weiter zu befördern.

Klaus Jürgen Dahler ist Bezirksvorsitzender der PDS in Berlin-Hellersdorf.



Die geplante Einführung von Nachttiefflugkorridoren ab 1.1.95 in Ostdeutschland ist vorerst ausgesetzt. Amtliche Begründung: Auf parlamentarischer Seite bestehe noch Informationsbedarf, die zuständigen Ausschüsse von Bundestag und Bundesrat seien noch nicht hinreichend informiert. 30 % der Nachtflogstunden der Luftwaffe sollen über Ostdeutschland absolviert werden. Gegen diese Pläne, aber auch gegen die weitere Nutzung ehemaliger sowjetischer Militäranlagen durch die Bundeswehr (wir berichteten z.B. über Aktivitäten gegen den Truppenübungsplatz Wittstock), gibt es zunehmend Widerstand. Neben Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden schließen sich auch Kommunen und Kreistage dem Protest an. Letzte große Aktion war der gesamtdeutsche Sternmarsch nach Schwerin Mitte Dezember, an dessen Ende die Übergabe von 200 000 Unterschriften stand. Jedoch wies ebenfalls im Dezember das Bundesverwaltungsgericht die Klage von sieben westdeutschen Gemeinden nach einem Stopp von Tiefflügen zurück, weil sie eine Beeinträchtigung ihrer Gesundheit nicht hätten nachweisen können. Für viele kam deshalb der Stopp für Nachttiefflüge über Ostdeutschland überraschend. Wegen der Absprache mit dem zivilen Luftverkehr können die Nachttiefflüge nicht vor Ende Mai aufgenommen werden. Zeit, den Widerstand fortzusetzen. — (har)

Kreuz für's Rotsehen

Berlin. Nach angeblicher „Entführung“ durch die Stasi 1952/56 im Gefängnis gesessen, machte Gerhard Emig als FDP-Abgeordneter im Bundestag und später als Senatsdirektor in Westberlin Karriere. Als ehemaliger „DDR-Bürger“ war er ausreichend spezialisiert und auf Grund seines Hasses auf alles, was DDR war, prädestiniert, um noch als westdeutscher Ruheständler mit 68 Jahren seine Version von einer Gedenkstätte, die dem Antifaschismus gewidmet war, im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen durchzusetzen. 1991/92 eingesetzt vom FDP-Minister der Regierung Brandenburgs, Enderlein, als kommissarischer Leiter der Gedenkstätte in Sachsenhausen für ein lukratives Entgelt, machte der ehemalige Jurist Emig sofort einen Tisch in der Gedenkstätte, warf alle qualifizierten Mitarbeiter raus und schloß das „Museum des antifaschistischen Kampfes der europäischen Völker“. Dabei ließ er Exponate verschwinden, ohne Spenderländer oder Häftlingsorganisationen zu fragen. In herrisch-arroganter Manier bestimmte er, ohne Historiker zu konsultieren, wie das Konzept und die Gedenkstätte auszusehen haben.

Emig forderte Planierraupen an, um nach Toten des sowjetischen Internierungslagers suchen zu lassen. In diesem Lager ehemals interner Nazis ließ er sich in der Gedenkstätte als „Opfer“ aufspielen. Klar, daß dieses Vorgehen Proteste im In- und Ausland hervorrief, zumal Emig es sich nicht nehmen ließ, ehemalige Veteranen der französischen Resistance, die im Mai 1992 ihre ermordeten Kameraden in Sachsenhausen ehren wollten, zu verhöhnen. Reaktionen gab es auch gegen das Vorgehen Emigs in Israel und vielen anderen Staaten für Nachttiefflüge über Ostdeutschland überraschend. Wegen der Absprache mit dem zivilen Luftverkehr können die Nachttiefflüge nicht vor Ende Mai aufgenommen werden. Zeit, den Widerstand fortzusetzen. — (har)

denburgs, Reiche (SPD), überreichte Emig im November 1994 das Bundesverdienstkreuz. Sein Verdienst bestehe besonders darin, nicht auf Historiker gewartet, sondern mit Eigeninitiative die Gedenkstätte umgestaltet zu haben. Er habe diese „schwierige Arbeit“ mit „Energie und Entschlußkraft bewältigt“. Quelle: Neues Deutschland, 12.12.94 — (abe)

DDR-Mediziner nun in China

Der durch die gegen ihn inszenierte Ruffordkampagne nach Ableben der DDR und seine dagegen geführten Prozesse und seinen internationalen Ruf bekanntgewordene letzte Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. Klinkmann, ist erneut als Dekan der Internationalen Fakultät für künstliche Organe gewählt worden. Der Institution gehören zehn renommierte Universitäten an.

Klinkmann, der sich energisch gegen alle Beschuldigungen und Unterstellungen gewehrt hatte, verließ die Universität Rostock und nahm eine Professur an der Universität Bologna an. Gegenwärtig ist Klinkmann in China tätig, wo er als Berater an einem Programm der chinesischen Regierung beteiligt ist, das zur Behandlung von Nierenerkrankungen durchgeführt wird.

In einem Beitrag auf einer Tagung der IG Medizin und Gesellschaft e.V. sagte Klinkmann, daß die Bundesregierung die Chance verpaßt habe, die herausragende interdisziplinäre Forschung und das kreative Potential der DDR in das einheitliche Deutschland herüberzuholen. Er übte auch Kritik am mäßigen Niveau medizinischer Forschung in der BRD und sprach zu den Defiziten der Wissenschaftspolitik in der DDR. Quelle: Neues Deutschland, 28.11.94 — (abe)

Landwirtschaft im Freistaat Sachsen nach Westmuster „gerodet“

PDS zur Fachregierungserklärung von Landwirtschaftsminister Jähnichen

Von Detlef Wehnert

Bundes- und Staatsregierung gingen nach dem Anschluß davon aus, daß sich die Bauern im Osten auf das Leitbild der westdeutschen Agrarpolitik, den bäuerlichen Familienbetrieb orientieren, so MdL Detlev Wehnert (PDS), früher selbst LPG-Vorsitzender. In kurzer Zeit würden die vorhandenen Betriebsstrukturen aufgelöst, genossenschaftliche Betriebe liquidiert. Auf dieser Grundlage wurden juristische und ökonomische Rahmenbedingungen, Fördermaßnahmen und diskriminierende Überprüfungsmaßnahmen verordnet. Ziel war, die genossenschaftlichen Betriebe in der Landwirtschaft zu beseitigen. Das ging einher mit einem geschichtlich beispiellosen Produktions-, Tierbestands- und Arbeitsplatzabbau, Investitionsverzicht, mit der Ausgliederung nichtlandwirtschaftlicher Bereiche, besonders denen, die soziale und kulturelle Funktionen hatten. Zusätzliche Belastungen entstehen aus Verpflichtungen für Alt-kredite. Trotz „Anerkennung“ einer vielseitig strukturierten Landwirtschaft mit unterschiedlichen Eigentums- und Betriebsformen erhalte der Familienbetrieb Priorität. Falsche DDR-Politik erfährt durch die sächsische Agrarpolitik nahtlos ihre Fortsetzung. Eine in der Geschichte der Landwirtschaft beispiellose Talfahrt wurde organisiert. Sie führte den Berufsstand der Bauern und Gärtner, Forstarbeiter und Binnenfischer, Tierärzte und Ernährungswissenschaftler an die Grenzen ihrer Existenz. EG-Erfahrungen wie z.B. die Einräumung von Übergangsfristen wurden negiert. Die ostdeutsche Landwirtschaft traf unvorbereitet auf einen völlig aus den Fugen geratenen EG-Markt. Eroberung und Kolonialisierung des ostdeutschen Marktes durch westdeutsche Handelsketten und Lebensmittelkonzerne erfolgte durch organisierte, aggressive Verdrängung ostdeutscher Produkte. Die entstandene Konkurrenz sollte möglichst schnell und gründlich beseitigt werden.

Vielfältige Angriffe auf die Bodenreform

Kein Wort fiel in der Regierungserklärung zur Bodenreform. Nur wenige Worte verlor der Minister zu den Konsequenzen des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes. Die Auseinandersetzungen über Eigentum und Nutzung des Bodens setzten sich trotz Einigungsvertrag, Landwirtschaftsanpassungsgesetz und Karlsruher Urteil fort. Sie fanden ihre Steigerungsform im Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz. Völkerrechtliche und zwischenstaatliche Entscheidungen und Vereinbarungen werden in Frage gestellt, umgangen und unterlaufen. Deutlichstes Beispiel: die 5jährige Treuhandpraxis. Mit der Mehrheit der Bewirtschafter ehemaliger volkseigener landwirtschaftlicher Nutzflächen wurden nur einjährige, im geringen Umfang sechsjährige Pachtverträge abgeschlossen. Das widerspricht jeglichem vernünftigen landwirtschaftlichen Denken und Handeln. Aus der Sicht der Fruchtfolgegestaltung braucht der Landwirt mindestens für fünf Jahre Sicherheiten. Rinder- und Milchwirtschaft kommt auch heute

nicht ohne Generationsintervall von 6,5 Jahren aus. Diese und andere Verfahrensweisen behindern den Umstrukturierungsprozeß erheblich. Das wiederum führt zu Investitionshemmnissen, Kreditunwürdigkeit und längerfristiger Konzeptions- und Perspektivlosigkeit. Vielfältig bis heute sind die Angriffe auf die Bodenreform:

Bereits 1990 erfolgte die erste Klage gegen Festlegungen im Einigungsvertrag. Trotz Karlsruher Entscheidung 1993 zum Fortgelten der Bodenreform wurde das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz ausgearbeitet,

nen Bodens durch THA und BVVG verkauft wurden, ist so nicht verwunderlich. Die Chance zur Entscheidung, Grund und Boden in unveräußerliches Gemeineigentum der Länder und Kommunen zu überführen, von diesen verwalteten zu lassen und ihn nicht zu privatieren, soll vorsätzlich vertan werden.

Komplexe Konzepte bleibt Regierung schuldig

Die mehrfach von der PDS von der Staatsregierung geforderten komple-

genauso wie die chancengleiche Beteiligung landwirtschaftlicher Gemeinschaftsunternehmen an den Ausgaben für die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Viel Zeit für die Stärkung der Wettbewerbskraft der Agrarbetriebe bleibt nicht. Die Sonderbedingungen der EU bei der Strukturförderung gelten nur noch bis 1996. Damit dürfte ein Großteil der sächsischen Betriebe ab 1997 nicht mehr gefördert werden. In einem Europa mit seinen acht Millionen Familienbetrieben von durchschnittlich 14ha ist es Unsinn zu glauben, daß die weitere Ausgestaltung der agrarpolitischen EU-Rahmenbedingungen nach der in unserem Land vorherrschenden Dominanz größerer Betriebe und Gemeinschaftsunternehmen gerichtet wird.

Die PDS-Fraktion fordert mit Nachdruck von der Regierung, alles zu tun, damit in der verbleibenden Zeit die überwiegende Mehrheit der Betriebe einen solchen Stand erreichen kann, daß sie ihre großen bedingten potentiellen Vorteile auch über Effekte der Kostenrégession realisieren können. Der Vorzug der modernen Agrarstruktur muß und wird sich letztlich auch darin zeigen, daß sie mittelfristig mit weniger Subventionen auskommen. Spekulationen im Zusammenhang mit dem jüngsten EU-Gipfel, durch eine Ost-Erweiterung der Union wird das Gewicht großbetrieblicher Strukturen in der EU erhöht und ein Gleichgewicht hergestellt, sind aus mindestens zwei Gründen illusionär. Erstens wird die volle Einbeziehung dieser Staaten nicht so schnell bis 1997 erfolgen und zweitens wird sich die Überschüsseituation und die Unbezahlbarkeit der Subventionspolitik der EU in neuer Schärfe stellen.

Kurzes Fazit aus Sicht der PDS-Fraktion

Das Ziel der Bundesregierung, mit Unterstützung der Sächsischen Staatsregierung in einem kurzen Zeitraum auch in Sachsen eine Agrarstruktur nach dem bisherigen Leitbild der westdeutschen Agrarpolitik aufzubauen, ist bisher gescheitert.

Trotz Diffamierung hat die genossenschaftliche Idee bei den Bauern in Ostdeutschland überlebt. Die Umstrukturierung und Entwicklung der Landwirtschaft der neuen Bundesländer kann damit ein Beispiel für eine künftige Entwicklung der EU sein, indem sie neue Möglichkeiten und Wege eröffnet, die bei der weiteren Liberalisierung des Welthandels notwendig sind.

Die Neustrukturierung der Ernährungswirtschaft eröffnet die Chance, Strukturen zu entwickeln, die Möglichkeiten bieten, daß die Landwirtschaft einen größeren Teil ihrer Rohstoffe durch Erzeugergemeinschaften selbst bearbeiten und vermarkten kann.

Diese Entwicklung muß aber politisch gewollt und ökonomisch gefördert sowie eine wirkliche Chancengleichheit aller Betriebs- und Eigentumsformen und darauf gerichtete Rahmenbedingungen garantiert werden.

Detlef Wehnert ist parlamentarischer Geschäftsführer und agrarpolitischer Sprecher der PDS im sächsischen Landtag.



erneut klagen Erben der Bodenreform-Enteigneten aus Sachsen in Karlsruhe usw. usf. Die SPD wurde durch die Aufgabe ihrer Forderung nach „keinerlei Verknüpfung von Entschädigung und Bodenverwertung“ zum Totengräber des DDR-Grundstücksübertragungsgesetzes, das laut Einigungsvertrag fortgelendes Recht darstellt.

Zur Farce wurde die formale Gleichbehandlung von Gemeinschaftsunternehmen gegenüber Einzelbetrieben und Alteigentümern. Es macht doch wohl einen Unterschied, wenn eine Agrgenossenschaft mit 30 Bauern nicht mehr Land erwerben darf als ein Familienbetrieb. Unter sächsischen Bedingungen sind das 130ha ... Die Alteigentümer werden am besten bevorrechtet, da sie ihre gezahlte Entschädigungssumme für den Bodenkauf einsetzen können. Wer von ihnen jedoch den Boden nicht selbst bewirtschaften kann, darf 64ha in Sachsen zur Verpachtung erwerben. Zu Lasten des Steuerzahlers wird das Prinzip subventionierter Bodenkauf durch Alteigentümer zur Realisierung hoher Pachteinnahmen mit staatlicher Entschädigungszahlung in einer veranschlagten Summe von 3,6 Mrd. DM realisiert. Daß bisher erst 7700ha LN und 7000ha Forstfläche ehemals volkseige-

nen Struktur- und Regionalkonzepte, auf die Nutzung und Entwicklung der natürlichen, ökologischen und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, materiellen und finanziellen Potentiale und die Lebensfähigkeit jeder ländlichen Region gerichtet, werden weiterhin vorenthalten. Die erzwungene Arbeitsplatzvernichtung für Bäuerinnen und Bauern, ihr Ausstoßen aus dem Arbeitsprozeß führt in den ländlichen Gebieten zu einer Arbeitslosigkeit, die einmalig in der deutschen Agrargeschichte ist. In einem Zeitraum von nur 18 bis 20 Monaten verloren fast 80% der Beschäftigten in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft Sachsen ihren Arbeitsplatz. Zur Zeit hat Sachsen Landwirtschaft je ha LN einen um 40% niedrigeren Arbeitskräftebesatz als in den alten Bundesländern – im Vergleich aller Wirtschaftsbereiche die höchste Quote der Verdrängung von Arbeitskräften und Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Die begrenzten Mittel sind weitaus stärker als bisher strukturell und regional auf Schwerpunkte der einzelbetrieblichen Investitionsförderung und die Verbesserung der Marktstruktur zu konzentrieren. Notwendig ist die Festlegung zukunftssicherer Prioritäten

Programmatik der PDS

Die Erneuerung geht weiter

Von Bernd Ihme

Programmatik der PDS — Die Erneuerung geht weiter" soll nicht heißen, daß ich bereits heute schon wieder für eine neue Fassung unseres Parteiprogramms plädieren will. Das steht nicht auf der Tagesordnung. Aber: Daß uns das erreichte Wahlergebnis geradezu zwingt, jetzt den Prozeß der Profilierung der PDS weiter voranzutreiben, scheint mir unbestreitbar zu sein. Und wenn dies dann auch gelingen sollte, haben wir es in ein paar Jahren sicher mit einer erneuerten PDS zu tun, was sich auch in einem neuen Programm ausdrücken wird. Bis dahin wird jedoch noch so manche Hürde zu nehmen sein, ist mühevolle, anstrengende Arbeit notwendig.

Die PDS hat es meiner Meinung nach in den zurückliegenden Jahren durchaus verstanden, ein eigenes Profil auszubilden, das im Programm, im Statut, im Wahlprogramm und einzelnen Positionspapieren seinen Ausdruck findet. Sicher ein Profil mit Ecken und Kanten. Vieles ist noch unausgegoren, ungenau, erst als Ansatz vorhanden. Dennoch: In wesentlichen Fragen der konkreten politischen Auseinandersetzung wie zum Beispiel des Kampfes gegen Massenarbeitslosigkeit und Zerstörungsstrategie der Bundesregierung im Osten (Bischofferode), gegen Abschaffung des Asylrechts, gegen Rechtsextremismus und Großmachtpolitik, gegen Blauhelmeinsatz der Bundeswehr und zur ersatzlosen Streichung des § 218 konnten wir unser Profil auch für eine breitere Öffentlichkeit deutlich machen. Unser Programm bleibt die Orientierung für unser Handeln.

Zum Ergebnis der Bundestagswahl

Das Konferenzthema lautet „Politische Praxis und Programmatik der PDS nach den Wahlen“. Deshalb einige Bemerkungen zum Ergebnis der Bundestagswahl:

Der erneute Einzug der PDS in den Deutschen Bundestag ist ein tiefer Einschnitt in die Entwicklung des politischen Systems und hat in die politische Landschaft der Bundesrepublik Bewegung gebracht.

Trotz massiver und aggressiver Angriffe hat sich die PDS behauptet. Damit ist erneut eine sozialistische Partei im Bundestag. Das ist eine große Chance für das politische Wirken linker Kräfte dieses Landes und eine große Chance für die PDS selbst, für die Ausprägung ihres Charakters, ihre Entwicklung und ihren Platz im politischen Leben dieser Gesellschaft. Damit stehen wir meiner Meinung nach vor einer ungeheuren Herausforderung.

In fünf Jahren werden die objektiven und subjektiven gesellschaftlichen Bedingungen andere sein. Und bis dahin muß viel inhaltlich und vor allem praktisch getan werden, wenn wir unsere jetzt erkämpfte Position behaupten wollen.

Der Wahlerfolg ist mit hohen Erwartungen seitens der Wählerinnen und Wähler an die PDS verbunden. Sie erwarten, daß die PDS nunmehr ihr Wahlprogramm zu einem Programm des Handelns macht und eine offensive Oppositionspolitik betreibt.

Die PDS ist nach Herkunft, Verankerung und Wählerschaft eine Partei der



Bild: af/mz

östlichen Bundesländer. Es ist vor allem ihre Stärke im Osten, die der PDS den erneuten Einzug in den Bundestag ermöglicht hat. In den ostdeutschen Ländern wollen wir unseren Einfluß festigen und ausbauen. Im Westen sind wir noch wenig im politischen Leben verankert. Politische und kulturelle Unterschiede bestehen auch unter den Linken fort. Aber von der Gewinnung einer breiten westdeutschen Wählerschaft wird entscheidend abhängen, ob der PDS die Entwicklung zu einer die politischen Verhältnisse in ganz Deutschland beeinflussenden demokratisch-sozialistischen Partei gelingt. In den westdeutschen Ländern wollen wir vor allem jene Bevölkerungskreise gewinnen, die die Kohl-Waigel-Kinkel-Regierung aufgrund gemachter Erfahrungen ablehnen, die in der SPD keine wirklich oppositionelle, grundlegende Reformen und Veränderungen anstreben. Eine Kraft mehr sehen und denen das zunehmend sichtbare Abdriften von Bündnis '90/Die Grünen ins Establishment Mißtrauen verursacht.

Der Einfluß der PDS in Westdeutschland wird wesentlich davon beeinflußt werden, wie es die PDS versteht, im Westen ihre Basis auszubauen. Noch hat die PDS dort wenig Mitglieder und kaum Strukturen. Auch ist sie noch in einem zu engen Spektrum verankert und hat wenig Kontakt zu anderen politischen Bewegungen. Wir brauchen schnellstens ein Konzept, wie wir in den alten Bundesländern mit der Entwicklung der PDS vorankommen wollen. Diese Aufgabe muß zur Angelegenheit der gesamten Partei werden.

Fragen der weiteren Entwicklung der PDS dürfen meiner Meinung nach jedoch nicht allein unter dem Gesichtspunkt von Wahlen und der Arbeit in Parlamenten debattiert werden. Die PDS muß außerhalb der Parlamente noch aktiver werden. Das Profil einer linken, sozialistischen Partei, die für eine sozialistische Perspektive kämpft, wollen wir stärker zum Tragen bringen. Unsere bisherigen Erfahrungen sollten wir gründlicher analysieren, inhaltlich verarbeiten und in weiterführende Handlungskonzepte umsetzen. Die PDS

wird als eine linke politische Kraft in Deutschland gebraucht.

Trotz deutlicher antisozialer und antidemokratischer Positionen wurde mehrheitlich wieder CDU/CSU/FDP gewählt.

Die F.D.P. ist unter die Fittiche der Kanzlerparteien gekrochen und kämpft ums Überleben. Sie hat wesentliche liberale Positionen aufgegeben.

Die SPD hat gegenüber der konservativen Regierungspolitik große Kompromißbereitschaft gezeigt und sich zu keinen wirklichen Alternativen hinreißen lassen. In der Außenpolitik hat sie sich gar voll und ganz dem Kanzlerkurs angeschlossen. Einflußreiche rechte Kräfte in der SPD orientieren offen auf eine Große Koalition.

Bündnis '90/Die Grünen lavieren. Eine Mehrheit will offensichtlich an Alternativpositionen festhalten, andere neigen sich zur SPD. Manche wollen den Platz der FDP besetzen, einige liebäugeln gar mit der CDU.

All dies zeigt, daß die PDS durchaus ihren eigenständigen Platz links neben SPD und Bündnis '90/Die Grünen hat und verantwortungsbewußt auch wahrnehmen muß. So wie die sozialen Verhältnisse in diesem Lande sich entwickeln, sei es von Vorteil, so betonte unter anderen Günter Gaus, daß eine Partei links neben der SPD zu Worte kommt.

Worauf konzentrieren?

Wie gestaltet sich die gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation in der Bundesrepublik, und worauf muß sich die PDS konzentrieren?

Die Regierungskoalition ist deutlich geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen. Das darf bei uns jedoch zu keinerlei Illusionen führen. Die Kohlregierung hat sich in der Vergangenheit unter oftmals komplizierten Bedingungen durchaus als handlungsfähig erwiesen. Auch jetzt geben die konservativen Kräfte in der Politik eindeutig den Ton an. „Weiter so“ — das ist keineswegs eine Lösung, hinter der sich Sprach- und Hilflosigkeit der Konservativen angeht. Die zunehmenden Probleme und sich

zuspitzender Konflikte in der Gesellschaft verbergen. Im Gegenteil: Die neokonservativen Kräfte verfügen über ein strategisches Konzept für ihre Politik, das sie Schritt für Schritt durchsetzen. Von ihnen gehen momentan die politischen Initiativen aus. Sie bestimmen gegenwärtig die politische Entwicklung. Die Linke hat dem zur Zeit wenig entgegenzusetzen.

In der Bundesrepublik ist ein Prozeß des Umbaus der Gesellschaft eingeleitet worden, der sich deutlich als ein Prozeß des Abbaus entpuppt: des Abbaus des Sozialstaates, des Abbaus von Demokratie, der Aufkündigung des sozialstaatlichen Kompromisses der Nachkriegszeit, des Abbaus von Hemmungen in der Außenpolitik entsprechend der gewachsenen machtpolitischen Stärke Deutschlands.

Unter der Begründung einer notwendig einzuleitenden Modernisierung und der Beseitigung von sogenannter wirtschaftlicher Überforderung artikulieren die Unternehmerorganisationen offen und aggressiv ihre Anliegen, die von der Bundesregierung aufgegriffen und in Politik umgesetzt werden. Danach behindert ein überzogenes Sozialsystem die wirtschaftliche Entwicklung. Die notwendige Balance zwischen Sozialaufwand auf der einen und Wirtschaftskraft auf der anderen Seite sei nicht mehr gegeben. Die Einkommens- und Freizeitansprüche seien gemessen an der Produktivitätsentwicklung zu hoch. Ein mittlerweile zu engmaschiges soziales Netz habe die Steuer- und Abgabenbelastung und damit die Lohnkosten auf ein die Rentabilität unternehmerischer Investitionen stark belastendes Niveau gehoben. Im Umweltschutz führe eine hochgeschraubte Kosten- und Abgabenspirale zu Standortnachteilen. Dem sei nun endlich durch eine andere Sozialpolitik beizukommen. Daß ein solches Gesamtkonzept unweigerlich die sozialen Spannungen in der Gesellschaft erhöht, zu weiterer Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft führt, wird bewußt in Kauf genommen.



der Gesellschaft gerichtet. Demokratisierung ist Inhalt, Ziel und Weg unserer Anstrengungen. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Demokratisierung — einen anderen Weg zum Sozialismus gibt es nicht.

Die PDS will Profil gewinnen, indem sie sich in demokratische Bewegungen einbringt. Schaut man sich jedoch die gegenwärtige politische Landschaft an, ist von breiten demokratischen Bewegungen kaum etwas zu spüren.

Zweifellos ist das Interesse von GewerkschafterInnen an der Politik der PDS gewachsen. Die Gewerkschaften befinden sich in einer komplizierten Situation. Unter der von den großen Unternehmen verkündeten Lösung notwendiger Modernisierung gelingt es gegenwärtig, schrittweise die Aktionskraft der Gewerkschaften zu untergraben und auszuhöhlen. Sachzwangargumente werden ins Feld geführt, um bei den Gewerkschaften einen Verzicht auf Kritik am Kapital und auf aktive Gegenbewegung gegen Sozial- und Demokratieabbau zu erreichen. Hierzu wollen wir unsere Positionen noch klarer entwickeln und in die Auseinandersetzungen einbringen.

Viele Jugendliche haben uns gewählt. Die PDS verfügt zur Zeit über kein jugendpolitisches Konzept. Wir haben den Jugendlichen zu wenig interessante, ihre Interessen berücksichtigende und ihre Bedürfnisse ansprechende Inhalte in der politischen Arbeit anzubieten. Jugendliche wollen nicht in einer Partei oder einem Jugendverband organisiert sein. Vielfältige und interessante Angebote einer alternativen Kultur und Lebensweise nehmen sie gern an. In diese Richtung sollten unsere Überlegungen gehen.

Feminisierung steht im Parteiprogramm ganz groß. Nur machen wir dafür zu wenig. Wir sind im Verständnis vieler Mitglieder zur gesellschaftspolitischen Dimension dieser Problematik kaum vorangekommen. Eigene Festlegungen z.B. bezüglich der Quotierung werden oftmals unterlaufen. Ein wirkliches Handlungskonzept liegt nicht vor.

PDS und Geschichte

Abschließend ein paar Worte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte. Die politischen Gegner verkünden unisono, daß der Sozialismus „tot“ sei und

dass überhaupt bewiesen sei, daß es keinerlei funktionierenden Sozialismus geben könne. In diesen Gesang stimmen alle ein. Auch Sozialdemokraten, die wir in diesem Zusammenhang durchaus an ihr noch gültiges Berliner Programm erinnern sollten, in dem sie den herrschenden Kapitalismus als überwinnenswert und einen demokratischen Sozialismus als anstrebenswertes Ziel bezeichnet haben.

In Deutschland hat wieder eine „Sozialistenhatz“ begonnen. Die etablierten Parteien legten dicke Papiere vor, wie sie die PDS sehen und wie sie sich zu ihr verhalten wollen. Alle wollen sie sich mit der PDS auseinandersetzen, wie es heißt. In der Realität ist von sachlicher Auseinandersetzung wenig zu spüren, dafür aber viel von Beschimpfung, Unterstellung und Beleidigung. Auch nach der Wahl werden sich die pauschalen Angriffe gegen die PDS weiter verschärfen. Zugleich wird versucht werden, auf spezifische Art und Weise die PDS anzugehen, gegen Personen (Gysi, Modrow, Heym), gegen Teile der PDS (KPF, AG Junge GenossInnen, einzelne Landesverbände) sowie gegen einzelne Themen (wirtschaftspolitischer Fundamentalismus, programmaticer Eklektizismus etc.). Von Teilen der SPD und Bündnis '90/Die Grünen ist zu vernehmen, daß sie mit der PDS differenzierter und sachlicher umzugehen denken. Es gibt berechtigte Zweifel, daß dies aus der Absicht heraus geschieht, das oppositionelle Potential gegen die Rechtentwicklung zu stärken und wirksamer zur Geltung zu bringen. Vielmehr geht es ihnen doch wohl darum, die PDS auszuhöhlen und möglichst zu zerstören. Der politischen Kultur in diesem Lande wird damit großer Schaden zugefügt werden. Denn es geht doch nicht nur um die PDS. Ausgrenzungen dieser Art verschärfen das aggressive Klima in dieser Gesellschaft und leisten antidemokratischen Tendenzen Vorschub.

Der kritische Umgang mit unserer Geschichte hat die gesamte bisherige Entwicklung der PDS konfliktreich begleitet und wird es auch weiterhin tun. Er gehört unverzichtbar zu unserem Profil. Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist auch notwendig, um unsere Programmatik unter Berücksichtigung eben der Lehren aus dem Scheitern des sozialistischen Versuchs weiterzuentwickeln. Keine der DDR-Altparteien hat sich mit der eige-

nen Geschichte so intensiv beschäftigt, wie wir es mit unserer getan haben.

Wir arbeiten differenziert unsere Geschichte auf, stehen zu den Leistungen, die vollbracht wurden, und wenden uns entschieden gegen die Abwertung der Biographien der DDR-BürgerInnen. Bei allen Differenzierungen müssen wir jedoch ebenso deutlich sagen, was an diesem sozialistischen Versuch prinzipiell unannehmbar und verwerflich war und warum die gut gewollten Ansätze letztlich pervertierten. Der Bruch mit den zentralistischen, demokratiefeindlichen, Menschenrechte und Menschenwürde verletzenden Strukturen des „Realsozialismus“ der DDR und die Absage an den Stalinismus gehören seit Entstehen der PDS zum Konsens in dieser Partei, und es gibt keinen Grund, daran irgendwelche Abstriche zu machen. Die PDS ist eine pluralistische Partei, so wie es im Programm und im Statut festgelegt und beschlossen wurde. Das darf nicht zu Beliebigkeiten führen. Autoritäre, antiemanzipatorische, undemokratische Positionen haben in der PDS nichts zu suchen. Dogmatismus und Sektierertum lehnen wir ab.

Es gibt kein Zurück zur DDR, auch keine „bessere“ Neuauflage eines solchen „Modells“. Die DDR war ein Kind ihrer Zeit und ein Versuch, in Deutschland eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen und zu gestalten. Er ist aus verschiedenen Gründen fehlgeschlagen. Der Weg zu einer sozialistischen, zu einer gerechten, ausbeutungsfreien, menschlichen Gesellschaft muß unter anderen Bedingungen neu konzipiert und beschritten werden. Ohne Demokratie wird es keinen Sozialismus geben. Wir wollen die großen Ideale einer gerechten, ausbeutungsfreien, ökologischen, solidarischen, antipatriarchalen Gesellschaft mit den Idealen der Freiheit und Würde des Individuums und der Entfaltung menschlicher Individualität miteinander verbinden und neu zur Geltung bringen.

Nachdruck des Beitrags auf der Konferenz „Politische Konferenz und Programmatik der PDS nach den Wahlen“ am 26. November 1994 im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, mit freundlicher Genehmigung des Autors entnommen aus: „PDS-Pressedienst“ Nr. 48/94.

Bernd Ihme ist Mitglied der PDS-Grundsatzkommission.

TERMINE

- 27. 29. 1.: 4. Parteitag der PDS, Berlin
- 19. 2.: Landtagswahlen in Hessen
- 4. 3.: Frühjahrstagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln
- 4./5. 3.: BWK-Bundesdelegiertenkonferenz in Köln
- 14. 5.: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen
- 27. 7.-30. 7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27. 7., um 14 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30. 7., gegen 12 Uhr.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Kein Abschied vom Materialismus!

Michael Weingarten über Robert Steigerwalds neues Buch „Abschied vom Materialismus?“

Die materialistische Philosophie steht heute vor ungeheuerlichen Herausforderungen. Zum einen muß sie sich dem Scheitern des ersten sozialistischen Experimentes stellen, muß mit ihren eigenen Mitteln Erklärungen hierfür liefern, wenn sie sich nicht den triumphierenden und siegessicheren Meinungen der Gegner des Marxismus ausliefern und unterwerfen will. Zum anderen aber muß die marxistische Philosophie, die ja mit dem Anspruch systematischen Philosophierens untrennbar verknüpft ist, sich zugleich weiterentwickeln. Dies meint, nicht nur an der Perspektive „Sozialismus“ weiterzuarbeiten, sondern auch Problemstellungen aufzugreifen, die durch die Fortschritte der Wissenschaften an jegliche Philosophie herangetragen werden. Schwierig, aber zugleich äußerst spannend ist gerade dieser Punkt: denn wir erleben in den Naturwissenschaften heute nicht nur eine einfache, sozusagen normale Wissensvermehrung, sondern eher schon einen dramatisch zu nennenden Umbruch in den Grundvorstellungen.

Verlockend, aber vereinfachend und schlichtweg falsch wäre es, sich vom Marxismus als Gesellschaftstheorie und Philosophie zu verabschieden, sich dafür dem Zeitgeist hinzugeben und mit den „großen Erzählungen“ aufzuhören, wie es die postmodernen Ideologen flott anbieten. Für Robert ist dieser Fluchtweg verschlossen — und dies ist für diejenigen, die ihn kennen, sicherlich keine Überraschung. Vielmehr geht er den schwersten Weg, indem er sich den Herausforderungen stellt und versucht, sowohl eine kritische Selbstreflexion des Materialismus als auch zugleich einen Beitrag zu dessen Weiterentwicklung zu leisten, indem Robert sich insbesondere mit den modernen naturwissenschaftlichen Theorien, den Selbstorganisationstheorien, auseinander setzt, sie für den Laien verständlich darstellt (in dieser Hinsicht ist auch das Glossar, S. 410ff, in dem die wichtigsten Fachbegriffe noch einmal erläutert werden, sehr wichtig und hilfreich!) und auf ihre philosophischen Gehalte und Konsequenzen befragt.

Formal ist das Buch gegliedert in drei Hauptteile:

- 1) „Natur-Theorie und Materialismus“
- 2) „Geschichtstheorie und moderner Materialismus“
- 3) „Erkenntnistheoretische Debatten um den Materialismus“

In jedem der Hauptteile, die auch jeweils für sich mit großem Gewinn gelesen werden können, verknüpft Robert Sachverhalte und Theorien darstellende Abschnitte immer wieder mit Ausflügen sowohl in die Geschichte des Materialismus als auch in die Geschichte der Fachwissenschaften, so daß der Leser neben dem Einblick in den gegenwärtigen Diskussionsstand auch immer eine philosophie- und problemgeschichtliche Übersicht bekommt; auch dies erleichtert das Verständnis der Fragestellungen, mit denen sich die modernen Naturwissenschaften beschäftigen. Da in einer Besprechung ja nie der gesamte Inhalt eines Buches dem Leser vorgestellt werden kann, sondern immer nur ein Anreiz zum Selbstlesen gegeben werden soll, greife ich den naturwissenschaftlichen Teil stärker heraus; zum einen, weil ich mich auf diesem Gebiet besser auskenne als etwa auf dem Gebiet der Gesellschafts-

theorien, die in dem 2. Hauptteil behandelt werden; zum anderen aber auch, weil hier für das marxistische Philosophieren sicherlich der größte Nachholbedarf besteht.

Am Rande möchte ich nur in Erinnerung rufen, daß die Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal im April 1987 zu genau diesem Thema und aus dem entsprechenden Problembewußtsein heraus eine Tagung unter dem Titel „Zu Umwälzungen in den heutigen Naturwissenschaften“ veranstaltet hat; die Materialien dieser Tagung wurden veröffentlicht 1988 als Band 10 der Schriften der Marx-Engels-Stiftung.

Kennzeichnend für die bisherigen Naturwissenschaften, insbesondere die Physik, war, daß sie keine Entwicklungsaussagen treffen konnten. Dynamische Systeme, wie etwa Planetensy-

te können, ist dabei eine notwendige Voraussetzung für Entwicklung. Also nur die Systeme, die sich aufgrund ihrer eigenen Dynamik erhalten können, haben dann zumindest die Möglichkeit, sich selbst zu entwickeln. Wie gesagt, die Selbstorganisationstheorien können bisher zeigen, daß selbstorganisierende Systeme die Möglichkeit zur Entwicklung haben — ob selbstorganisierende Systeme sich entwickeln müssen, ob also Entwicklung nicht nur möglich, sondern sogar notwendig ist, ist zur Zeit noch offen.

Unter philosophischen Gesichtspunkten interessant ist aber auf alle Fälle, daß die Entwicklungsvorstellung, wie sie im dialektischen Materialismus durch Engels als „Dialektik der Natur“ zuerst konzipiert wurde gegen das damals noch vorherrschende mechanisti-

gründungen stichhaltig und überzeugend erscheinen. Besonders freut mich daß er hier auch Partei ergreift für bologische Entwicklungstheorien, d weit über die Vorschläge von Darwin und dem Darwinismus hinausgehen und auch hinausgehen über Vorschläge die bisher von marxistischen Philosophen zu diesem Thema vorgetragen wurden.

Jedes Buch, das klar und deutlich position bezieht und diese Position durch Argumente zu untermauern versucht verdient nicht nur gelobt zu werden sondern es verdient auch Nachfrage und vor allem Widerspruch. Auch kann ich nur auf einen, allerdings systematisch wichtigen Punkt hinweisen: Neu an den Selbstorganisationstheorien ist nämlich auch, daß es sich bei ihnen um Laborwissenschaften handelt. Verläufe oder Ereignisse werden vom Experimentator durch geschicktes Zusammenstellen der Laborgeräte erzeugt. Um das zu verdeutlichen: die Synergetik Hakens wurde formuliert an einem technischen Gerät, dem Laser. Die technische Aufgabe war, Lichtstrahlen so zu bündeln, daß sie alle der gleichen Phase schwingen. In der Natur selbst aber gibt es keinen Laser. Wenn nun die Haken'sche Variante von selbstorganisierenden Systemen als Modell des Lasers formuliert wird, ist es nicht nur eine erkenntnistheoretische Aufgabe, die Aussagen der Selbstorganisationstheorie zu überprüfen an Naturgegenständen (ich bitte zu beachten: der Laser selbst ist eben kein Naturgegenstand, sondern ein technische Artefakt!), sondern zunächst muß wissenschaftstheoretisch geklärt werden bzw. geklärt sein, wie Gegenstände in den Naturwissenschaften durch die Handlungen des Naturwissenschaftlers konstituiert werden.

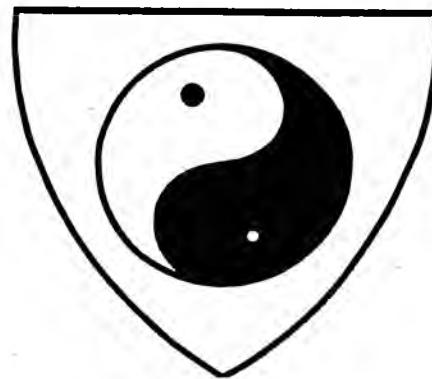
Robert diskutiert in seinem Buch die Beziehung von Selbstorganisationstheorie und selbstorganisierenden Systemen ausschließlich so, als gäbe es diese Systeme unabhängig von den Handlungen des Wissenschaftlers überspitzt gesagt, als wäre der Laser als technisches Konstrukt oder ein autopoietisches System als kybernetische Konstrukt ein natürlich vorfindliche Gegenstand. Genau dies ist aber nicht der Fall!

Damit ist ein Grundproblem der marxistischen Philosophie angesprochen zu dem Robert — aber nicht er — keine Aussage macht: wie könnte eine marxistische Wissenschaftstheorie aussiehen? In welchem Verhältnis stünde diese Wissenschaftstheorie zur marxistischen Erkenntnistheorie (der Widerspiegelungstheorie)? Müßte nicht die Widerspiegelungstheorie in entscheidenden Aspekten verändert werden wenn wissenschaftstheoretisch gezeigt wird (werden kann), daß die Gegenstände der naturwissenschaftlichen Theorien in und durch das Handeln des Naturforschers erst konstituiert werden?

Dies und weitere Fragen schmäleren in keiner Weise die Verdienste von Robert's Buch, sie machen aber deutlich daß noch viel Arbeit geleistet werden muß, um den Anspruch der marxistischen Philosophie auf Systematik wirklich begründet einzuholen zu können.

Robert Steigerwald, *Abschied vom Materialismus? Materialismus und moderne Wissenschaft*, Pahl-Rugenstein Nachf. Verlag, 1994, 435 Seiten, 48,— DM. ISBN 3-89144-191-6.

CONTRARIA SUNT COMPLEMENTARIUS



Niels Bohr wählte sich zur Symbolisierung des Welle-Korpuskel-Dualismus ein Wappen, das auf alchinesische Symbolisierungen der Einheit des Widersprechens zurückgeht.

steme, wurden vorgestellt als im Gleichgewicht befindlich oder aber sie verbrauchten ihren Energievorrat, konnten ihren Ordnungszustand nicht aufrechterhalten und zerfielen. Philosophisch wurde dieser Sachverhalt reflektiert in der Form, daß entweder ein göttliches Wesen permanent oder in singulären Akten der Neuschöpfung durch Energiezufuhr den Ordnungszustand andauernd erhielt bzw. neu schuf oder aber, daß in einem unendlichen Regress von kausalen Ursache-Wirkungsbeziehungen diesen Systemen von außen immer wieder Energie zugeführt wurde (dies etwa die Vorstellung des klassischen mechanischen Materialismus). Demgegenüber behauptete die dialektische Philosophie, daß Systeme sich durch ihre eigenen Aktivitäten auf Dauer erhalten können. Die idealistische Lösung beanspruchte hierfür das Wirken von Geist-Prinzipien, die dialektisch-materialistische Philosophie im Anschluß an Engels versuchte, die Selbsterhaltung von Systemen durch das Konzept der materiellen Wechselwirkung zu erfassen.

Kennzeichnend für die modernen Selbstorganisationstheorien in allen ihren Spielarten ist, daß diese Theorien gerade versuchen, mithilfe naturwissenschaftlicher, also empirischer und experimenteller Verfahrensweisen, Aussagen zu gewinnen über Entwicklungsmechanismen natürlicher Systeme. Die Fähigkeit, sich selbst erhalten

sche und ahistorische Weltbild, offenkundig bestätigt wird durch die modernen Selbstorganisationstheorien. Robert begnügt sich in seiner Argumentation nun nicht damit, nur Bestätigungen für Prinzipien der materialistischen Dialektik in den modernen naturwissenschaftlichen Theorien zu suchen, sondern er versucht darüber hinaus auch das Problem der Notwendigkeit der Entwicklung selbstorganisierender Systeme philosophisch so zu präzisieren, daß daraus heuristisch fruchtbare Fragestellungen für die Naturwissenschaften selbst abgeleitet werden können.

Was ich hier zusammenfassend und generalisierend beschrieben habe, breitet Robert in einer Fülle von Themen aus der Kosmologie, der Physik und der Thermodynamik sowie der Biologie in immer wieder neuen Anläufen aus. Und um sowohl die naturwissenschaftlichen Theorien selber also auch die jeweiligen entscheidenden Probleme dem Leser möglichst anschaulich vor Augen zu führen, unterstützt er seine Darstellungen und Argumente immer wieder durch Abbildungen, teils aus der Originalliteratur, teils selbst gezeichnet. Dabei scheut er sich nicht, mit seiner philosophischen Kompetenz auch in noch offenen naturwissenschaftlichen Diskussionsfeldern Partei zu ergreifen für Theorien, die zwar in der Fachwissenschaft selber noch umstritten sind, ihm aber, aufgrund der vorgelegten Be-